

Die EZB ein demokratiefeindliches Element

Das Bodenrecht als Hindernis von ökologische Anliegen

9. November: Mauerfall und Program

Briefe an den Ortsverband von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN in Neustadt a.Rbge.

Von
Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

November 2014

Text 132.0

Hinweise auf:

Text 123: Kommentar von TA zu **Hochzeit der Geldverbesserer** von Thomas Fricke eine Kurzstudie im Auftrag von Sven Giegold MdEP vom 12. Mai 2014 (Stand 23.5.)
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/123.Giegold.Fricke.Geldverbesserer.pdf>

Text 5.0 bis 5.6: **Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik.** TA. Oktober. 1989
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/5.0%20Glasnost%20BB%20Haupttext.pdf>

Text 6.1 bis 6.4: **Darauf kommt es an!** Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR / Gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung – für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. TA, Dez. 1989
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/6.1%20Darauf%20kommt%20es%20an!%20HT.pdf>

Text 9.0, 9.1: **Die Verfassungspiraten**, TA, 1991 / Text 10.0, 10.1: **Verfassungsbeschwerde**, TA 1992 / Text 11.0, 11.1: **Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf!** TA, 1993

Text 22.1 bis 22.3: **Das Boden(un)recht** / Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit / Eine Sammlung fremder und eigener Texte von TA und Fritz Anderes, Roland Geitmann, Elisabeth Rentschhausen u.a., Oktober 2000
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.1%20Das%20Boden%28un%29recht%20Teil%20I.pdf>

Anhang:

Text 132.1:
Vom Sozialismus zu Sarvodaya
von Jayaprakash Narayan, 1959

Bericht zu **Narayan** in der HAZ vom 20. 3. 1975

Übersicht

Seite

- 3..... Vorbemerkung
- 2 6. Nov.: Die EZB als demokratiefeindliches Element
- 4 Ausgangstext: Drei Handys – aber kein offenes Ohr
- 5 6. Nov.: Bodenrecht und ökologische Anliegen
- 7 Link zu „Deutsche Bahn AG: Unternehmen Zukunft oder Auslaufmodell ...“
- 8 Ausgangstext: Minister muss wütende Moorbauern beruhigen
- 9 8. Nov.: Landesraumordnung und Bodenrecht
- 15 Klönsnack der Bürgerinitiative Rettet den Elisabethfehnkanal
- 16 Pressemitteilung Nr. 191 / Landesraumordnungsprogramm
- 17 Hinweis auf das Thema Grundsteuerreform
- 17 Literaturhinweise zum Bodenrecht
- 20 Inhalt der Zeitschrift für Sozialökonomie, Folge 182/183, Okt. 2014
- 21 9. Nov.: Über das Reden, die Tolranz und die Überwachung
- 23 10. Nov.: Schul-Schließungen / Thesen zur grünen Bildungspolitik
- 30 11. Nov.: „Grün mit braunen Wurzeln“
- 34 12. Nov.: 25 Jahre Wiedervereinigung im Bundestag
- 42 13. Nov.: Die Progromnacht vom 9. November 1938 und politisch motivierter Mord heute
- 45 Nachtrag zum Thema Vierte Gewalt

Vorbemerkung

Liebe Grüne in Neustadt a.Rbge.

Eigentlich wollte ich nur meinen letzten beiden E-Mails – den einen zur Währungsordnung und den anderen zum Bodenrecht - nur einen dritten mit einem Link zum Thema Bundesbahn – Infrastruktur und Bodenrecht von Dirk Löhr nachreichen. Große Erwartungen verbinde ich nicht mehr mit solchen Aktivitäten, weil ich weiß, dass Parteimitglieder, die ihre Mitgliedschaft ernst nehmen, ständig mit dem überfordert sind, was Parteien sich so vornehmen. Das gilt nicht nur für Mitglieder der grünen Partei. Aber ich sage mir, dass es Euch nicht schaden kann, was einer zu berichten hat, der die Partei mit gegründet hat und sich nach langer Zeit durch Austritt aus der Partei von ihr befreit hat. Das ist keine Aufforderung gleiches zu tun, sondern nur das Bewusstsein wachhalten, dass Parteien nicht nur Akteure in der Demokratie sind, sondern auch ihr Problem. Aber bis wir etwas Besseres zur Formung des politischen Willens des Volkes als Parteien erfinden, muss die Kritik an ihr als ihr notwendiger Bestandteil gelten. Meine Anmerkungen zum Jahrestag 9. November findet Ihr im letzten der hier zusammengefassten Beiträge.

Dass ich jetzt ein paar E-Mails ergänze und in einem Text-Päckchen zusammenfasse, hat viel mit der Berichterstattung über den 25. Jahrestages des Mauerfalls zu tun. Nachdem ich – für mich – den 3. Oktober, den Tag der Deutschen Einheit, schon als Tag des Verfassungsverrats durch unsere Parteien und Verfassungsorgane umbenannt habe, aber sonst geschwiegen habe, drängte es sich mir auf, ein paar Zeilen zum Jahrestag des Mauerfalls zu schreiben.

6. November 2014

Die EZB als demokratiefeindliches Element

Liebe Grüne in Neustadt,

die Europäische Zentralbank hat mehr Gestaltungsmacht in Europa als viele Parlamente und Kommissionen und ist nicht demokratisch legitimiert. Wenn Ihr die Notiz unten aus der HAZ von heute lest, könnt Ihr - unter der Voraussetzung dass der Bericht stimmt - feststellen, dass nicht einmal im obersten Leitungsgremium der EZB demokratische Regeln oder der Wille zur kooperativem Handeln herrscht. Nun gibt es ja Überlegungen, die EZB als eine demokratisch legitimierte 4. Gewalt zu etablieren. Ich denke, eine solche Systemerweiterung

führt in der Gewaltenteilung zu unerwünschten Komplikationen. Eine solche Systemerweiterung oder einfach nur das Durchwursteln in der Währungspolitik ist auch nicht nötig, weil die Notenbankleitung an klare Regeln - wie eine Stellwerksleiter bei der Bahn - gebunden werden kann. Das war schon ein Anliegen vor über 34 Jahren der Gründungsgruppe der grünen Partei "Arbeitskreis Dritter Weg NWO", die aus politischem Unverstand parteiintern kalt gestellt wurde. Ich erwähne das nicht aufgrund von ehrabschneidenden erlebten Verletzungen eines Betroffenen, sondern weil die in der Vergangenheit abgeblockte Zielfindungs- und Zielsetzungsarbeit innerhalb von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN nachgeholt werden muss, wenn die Grünen nicht so enden wollen, wie die FDP. Ich weiß, dass der kleine Ortsverband in NRÜ mit einer solchen Arbeit überfordert ist. Was Euch aber möglich ist, ist das Stellen von nachdrücklichen Fragen in der innerparteilichen Kommunikation.

Es grüßt Euch Tristan

>> Drei Handys – aber kein offenes Ohr

Um die Manieren von Mario Draghi steht es offenbar nicht zum Besten. Wenn der Rat der Europäischen Zentralbank tagt und die Granden ihre Meinung zum Kurs in der Währungspolitik zu Gehör bringen möchten, ist der EZB-Präsident nicht der aufmerksamste Gastgeber: „Er sitzt da mit seinen drei Mobiltelefonen vor sich und verschickt Nachrichten oder geht hinaus, um Telefonate zu führen“, berichtet ein Teilnehmer. Einer der nationalen Notenbankchefs habe einmal sogar seine Wortmeldung zurückgezogen, weil Draghi nicht im Raum war. Seitdem sei es etwas besser um die Anwesenheit des Chefs bestellt: „Er ist jetzt etwas aufmerksamer.“ Wegen solcher und anderer Allüren droht Draghi jetzt eine Palastrevolte. Einige Notenbankchefs wollen auch gegen den aus ihrer Sicht heimlichtuerischen Führungsstil und die unberechenbare Kommunikation des EZB-Chefs rebellieren, heißt es. Alle wirklich relevanten Entscheidungen treffe er allein oder höchstens abgestimmt mit einer Handvoll enger Vertrauter. „Mario ist verschwiegen und wenig kollegial“, bemängelt ein langjähriges Ratsmitglied. Die Gouverneure der nationalen Notenbanken fühlten sich manchmal ausgeschlossen, tappten im Dunklen. Sogar Mitglieder des der Form nach engsten Führungszirkels um Draghi, des sechsköpfigen EZB-Direktoriums, hätten von zwei der jüngsten Alleingänge des Chefs vorab nichts gewusst: Zuletzt hatte Draghi versprochen, die EZB werde „mit allen Mitteln“ gegen das Schreckgespenst einer Deflation vorgehen – und ihre Bilanz „auf das Niveau von Anfang 2012“ aufblähen. An den Finanzmärkten hatten beide Bemerkungen Draghis für Furore gesorgt, weil sie eine neue Phase der Geldpolitik in der Euro-Zone einläuteten und damit klar war, dass die Notenbank ihre Bilanz um gut eine Billion Euro vergrößern will. Vor allem Draghis letzte Äußerung sorgte nach Aussagen der Insider für Verärgerung bei den Kollegen im EZB-Rat: „Wir hatten uns darauf geeinigt, dass wir keine Hausnummern nennen.“ Lange galt vor allem Bundesbank-Chef Jens Weidmann als Kritiker Draghis

– jetzt hat sich das Feld offenbar vergrößert. Einige Ratsmitglieder wollten ihr zunehmendes Unbehagen über Draghi bereits gestern Abend äußern – beim traditionellen Abendessen vor der heute anstehenden offiziellen Zinsentscheidung der Notenbanker.

06.11.2014 / HAZ Seite 9 Ressort: WIRT <<

06. Nov. 2014 19:50

Bodenrecht und ökologische Anliegen

Liebe Grünen in Neustadt,

in meinem vorhergehenden Mail habe ich ohne Häme die Versäumnisse der grünen Partei in Bezug auf die Währungspolitik angesprochen, der heutige Bericht in der HAZ über den grünen Landwirtschaftsminister Christian Meyer und die wütenden Moor-Bauern gibt mir Anlass, auf ein weiteres vernachlässigtes Thema hinzuweisen. Es geht um das geltende Bodenrecht, das an vielen Orten der Republik (und in der Welt) wie in vielen Sachgebieten ein Störfaktor ist:

a) Der 1. Artikel der allgemeinen Menschenrechte lautet: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“ In der Präambel steht, dass die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen sind. Das geltende Bodenrecht sabotiert aber den Inhalt von Artikel 1.

b) Es wird gesagt, dass wir eine Leistungsgesellschaft seien. Das geltende Bodenrecht gestattet aber, dass die unvermeidbare Bodenrente ohne Gegenleistung dem jeweiligen Eigentümer zufließt.

c) Die Marktwirtschaft wäre die geeignete Wirtschaftsordnung für den dezentralen Leistungsaustausch, sie wird aber von dem Kapitalismus sabotiert, der seine Ursache in künstlichen und natürlichen Monopolen hat. Das geltende Bodenrecht ist ein Hauptpfeiler des Kapitalismus. Und der Gebrauch der Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus als Synonyme verschleiern nur den Sachverhalt. Diese Gleichsetzung geschieht aber nicht nur aus Gedankenlosigkeit, sondern mit Absicht und zwar im linken politischen Spektrum um die Marktwirtschaft abzuwerten und ihr die Lösungsfähigkeit für ökonomische Probleme abzuspre-

chen, um so einen Platzhalter für das Modell der Zentralverwaltungswirtschaft in den Vorstellungen der Menschen von ökonomischen Lösungsmöglichkeiten zu bewahren, und im konservativen politischen Spektrum wird die Gleichsetzung - Marktwirtschaft = Kapitalismus - betrieben, um mit dem Guten der Marktwirtschaft - das sich berechtigt durch Erfahrung - wenigstens bei den älteren Generationen - in ihren Köpfen festgesetzt hat, das Böse, das dem Kapitalismus anhaftet, zu vertuschen.

d) Es gib wohl - wenn überhaupt - nur wenige ökologische Maßnahmen, die nicht von dem geltenden Bodenrecht tangiert werden. Wenn ein Gebiet zum Landschaftschutzgebiet erklärt wird, wird in der Regel der ökonomische Wert des Bodens in diesem Gebiet gemindert. Liegt in diesem Gebiet z. B. eine für ein Hotel nutzbare „Insel“, so wird der Wert dieser Insel gesteigert. Wird irgendwo eine Windkraftanlage genehmigt oder wird ein Acker durch Umwidmung zu Bauland, so entstehen den jeweiligen Eigentümern hohe Vermögen, für die sie keine Gegenleistung zu erbringen brauchen.

e) Auch wenn es wünschenswert und ökologisch sinnvoll ist, bestehende Moorflächen zu schützen und abgebaute Moore zu renaturieren, ist es unter den gegebenen rechtlichen Bedingungen gerechtfertigt, dass die Moorbauern sich gegen solche Maßnahmen wehren. Ein Parlament, das beschließen will, eine Landschaft umzugestalten, muss erst eine sinnvolle ökonomisch-rechtliche Basis dafür schaffen. Die Gesetzgebung unterliegt hier nicht der Beliebigkeit, wenn sie den Bürgerfrieden nicht gefährden will. Die Rechtsstaatlichkeit ist hier noch nicht gewahrt, wenn die Betroffenen mit der Aussicht auf hohe Kosten und Ergebnislosigkeit in der Sache in allen Rechtsinstanzen klagen dürfen, sondern sie liegt vor, wenn zusätzlich die Logik, der Sinn und die Gerechtigkeit solcher Maßnahmen offen zu Tage liegen und das Bedürfnis vor Gericht zu klagen minimiert wurde.

f) Durch die auch von den Grünen gewünschten und mit angeschobenen erneuerbaren Energien aus Windkraftanlagen, die zentriert im Norden der Republik entstehen, werden neue Stromtrassen fällig - so wird berichtet und behauptet. Die Trassen sabotieren aber den Landschaftsschutz - wenn sie überirdisch installiert werden -, beeinträchtigen die Rechte der Bodeneigentümer und schaffen ein weiteres wirtschaftliches Monopol, das sich zu Lasten der Endverbraucher ausbeuten lässt. Ich konnte bisher noch nicht erkennen, dass die Grünen wirklich an einer Suche nach einer optimalen Lösung - die sowohl die bodenrechtlichen,

ökologischen wie die ökonomischen Aspekte berücksichtigt - beteiligt sind.

<< Nebenbei: Wenn ich die letzten Zeitungsmeldungen zur geplanten Stromtrasse richtig in Erinnerung habe, sieht die Planung noch Alternativen zu den bisher geplanten Verlauf vor. Ist der OV darauf vorbereitet, wenn diese alternative Streckenführung durch das Gebiet der Stadt Neustadt führt? In meinem Text 93.3 „Gedankliche Blaupausen im Urlaub als Inspiration für politisches Handeln vor Ort / 1. Die Stromtrassen als Erdkabel, nicht als Überlandleitungen und nicht als Renditeobjekte, sondern als Altersvorsorge“ vom Mai 2011 habe ich vorgeschlagen, die Stromtrassen als Erdkabel entlang einer Nord-Südstrecke der Eisenbahn zu verlegen, weil das keine zusätzliche Belastung der Landschaft wäre. Die Autobahnen sind aber noch besser geeignet, weil die Verlegung von der Standspur ausgehen kann und der Verkehr nur minimal beeinträchtigt wäre. Da die Autobahn im Eigentum des Bundes ist, würden auch die Auseinandersetzungen mit den vielen Eigentümern gespart, die von einer Querfeldeinführung der Trasse betroffen wären. Der weitere Vorschlag ging dahin, die Stromtrasse als ein Sondervermögen des Bundes zu gestalten bei der Bürger ihr Sparvermögen sicher parken können. Auf diese Weise würde vermieden, dass einer Aktiengesellschaft ein Monopol zugeschoben wird. >>

Über ein viertel Jahrhundert haben die Grünen die Chance versäumt, zu diesem Themenkomplex einen klärenden Beitrag zu erarbeiten und sich dadurch Anerkennung bei mehr Wählern zu verschaffen.

Da ich keine E-Mail-Anschrift von dem Nieders. Landwirtschaftsminister, Herrn Meyer habe, setze ich seinen persönlichen Referenten und seinen Pressesprecher als Mitempfänger ein.

Zum gleichen Themenkomplex - aber diesmal aus verkehrspolitischer oder -ökonomischer Sicht - sende ich Euch noch einen Beitrag von Prof. Dirk Löhr (e.kochems@umwelt-campus.de) mit dem Thema "Deutsche Bahn AG: Unternehmen Zukunft oder Auslaufmodell auf dem Abstellgleis?". Er ist aus der Zeitschrift *Humane Wirtschaft* Nr. 5/14. Ich suche erst nach einem Link. Wenn ich den nicht finde, scanne ich den Text ein.

Es grüßt Euch Tristan

Hier ist der Link: http://www.humane-wirtschaft.de/2014_05/HW_2014_05_S16-18.pdf

Minister muss wütende Moorbauern beruhigen

Hannover/Gnarrenburg. Landwirtschaftsminister Christian Meyer will den Landwirten in einer Streitfrage entgegenkommen, die vor allem im Norden Niedersachsens heftig diskutiert wird. Es geht um verstärkten Moorschutz, der im neuen Landesraumordnungsprogramm festgeschrieben werden soll. Viele Landwirte wittern hierin eine kalte Enteignung. Meyer sowie Umweltminister Stefan Wenzel (beide Grüne) sicherten gestern zu, erste Pläne des Landes zu ändern und auf Einwände der Landwirte einzugehen. Eine entsprechende Einspruchsfrist werde auf Dezember verlängert. „Ein zweiter Entwurf des Landesraumordnungsprogrammes wird ein anderes Gesicht haben als der aktuelle erste Entwurf, der in Teilen sicher noch geändert wird“, erklärten die Minister. Agrarminister Meyer diskutierte gestern in Gnarrenburg mit 1000 aufgebrachten Moorbauern. Er musste sich wüste Beschimpfungen anhören. „Lügner“, „Drecksack“ oder „Du hast keine Ahnung“ wurde aus der Menge gerufen. Der 39-Jährige reagierte zumindest äußerlich gelassen auf den Zorn der Landwirte. Er versuchte, der Kritik die Spitze zu nehmen: „Wir wollen, dass Sie hier weiter arbeiten können.“ Im ersten Entwurf des neuen Landesraumordnungsprogrammes ist bislang vorgesehen, Vorranggebiete für den Moorschutz auszuweisen. Sie umfassen insgesamt mehr als 100 000 Hektar. Die Landesregierung will vor allem den Abbau von Torf stoppen und verhindern, dass neue Abbauflächen genehmigt werden. 95 Prozent des in Deutschland gewonnenen Torfs stammen aus Niedersachsen. Der Vizepräsident des Landvolks, Heinz Korte, fordert, dass die Ziele des Landes ohne die Ausweisung eines Vorranggebietes erreicht werden müssten. Der Plan sei aus heiterem Himmel gekommen. Die Landwirte befürchten, dass sie künftig keine Genehmigungen für neue Ställe oder Entwässerungsanlagen bekommen. Die Ausweisung von Vorranggebieten würde einen erheblichen Wertverlust der Höfe mit sich bringen, glaubt Korte. Agrarminister Meyer und sein Umweltkollege Wenzel versuchten gestern in einer gemeinsamen Erklärung, der Kritik die Spitze zu nehmen. Vorwürfe, die Landesregierung plane auf 100 000 Hektar eine Wiedervernässung und eine „kalte Enteignung“ der Landwirte, entbehrten jeder Grundlage. Man wolle allerdings den Torfabbau wegen seiner enormen Treibhausgasemissionen auslaufen lassen sowie den Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzflächen verringern. Das schütze nicht nur die Moorböden, sondern auch viele Landwirte vor Flächenverlust. Allein in der Region um Gnarrenburg könnte die Torfindustrie noch 2000 Hektar Land kaufen und abtorfen. Die anschließend vorgeschriebene Renaturierung würde dann jede weitere landwirtschaftliche Nutzung verhindern. Er sei auf der Seite der Bauern, meinte Meyer. Viele der Protestierenden nahmen die Botschaften eher ungläubig auf. Jetzt soll es Gespräche zwischen Ministerium und Landvolk geben. Ob die Moorbauern dann ihre Plakate mit Sprüchen wie „Moorvernässung bringt Höfetod“ wieder hervorholen, hängt davon ab, wie sehr sie dem Versprechen der Regierung am Ende vertrauen. Landvolk-Vertreter Korte begrüßte gestern die Zusage des Ministers, einen neuen Entwurf zur Änderung des Landesraumordnungsplanes vorzulegen: Er glaube dem Minister allerdings erst, wenn er die Zusagen schwarz auf weiß gese-

hen habe. FDP-Landwirtschaftsexperte Hermann Grupe erklärte, kosmetische Korrekturen an diesem Programm reichten nicht aus, es müsse ganz neu aufgestellt werden.

06.11.2014 / HAZ Seite 5 Ressort: NIED

8. November 2014

E-Mail an Ute Lamla
Sprecherin B90/Die Grünen für den OV Neustadt
Stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Neustadt

Landesraumordnung und Bodenrecht

Liebe Ute,

ich stimme Dir völlig zu, wenn Du in Deinem E-Mail vom 07.11.2014 schreibst, dass nicht alles richtig ist, was die Presse schreibt. Es ist auch sinnvoll bei einer fehlerhaften Nachricht die Pressemeldung Nr. 191 vom 06.11.2014 von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Niedersachsen den Interessierten nachzureichen. (Siehe weiter unten!) Aber bei den Verlautbarungen von Regierungen und der jeweiligen Opposition gibt es auch keine Garantie für die Richtigkeit einer Aussage oder Mitteilung. Diese Unsicherheit über den Wahrheitsgehalt von Nachrichten setzt sich doch fort in Verbänden, Parteien und Interessengruppen. Im Kampf um Aufmerksamkeit und Einfluss werden zu leicht die Ungenauigkeit, die Auslassungen, die Über- oder Untertreibungen bis hin zu Verdrehungen dessen, was andere gesagt haben oder anstreben in Kauf genommen. Damit müssen wir leider leben. Es ist aber jetzt nicht mein Thema.

Ich habe mit meinem Mail vom 6. November mit ein paar Hinweisen darauf aufmerksam gemacht, dass mit dem geltenden Bodenrecht eine wirklich ökologische, soziale und marktwirtschaftliche Politik nicht zu machen ist. Ich habe dann noch angekündigt, dass ich einen Link oder einer PDF-Datei mit einem Text von Prof. Dirk Löhr vom Umwelt Campus Kockchem übermitteln würde, der das Bodenrecht in Bezug auf die Verkehrspolitik - hier auf die Bundesbahn - beleuchten würde. Ich habe den Text hier gefunden: www.humane-wirtschaft.de

unter Archiv 2014 in der Ausgabe 05/2014. Der Titel lautet "Deutsche Bahn AG: Unterneh-

men Zukunft oder Auslaufmodell auf dem Abstellgleis?"¹ Von Interesse kann auch der Hinweis unter Termine sein. Dort wird von einer "Öffentlichen Tagung zum Baurecht" berichtet.

Noch ein paar grundsätzliche Anmerkungen: Das Bodenrecht ist ein Thema, das keiner umgehen kann, der wirklich die Zukunft ökologischer, gerechter und friedlicher gestalten will. Das Thema ist aber belastet durch Enteignungen und Vertreibungen in den ehemaligen sozialistischen Staaten, behördliche Willkür in vielen Ländern gegen traditionelle Bodennutzer in der Vergangenheit und Gegenwart, weiter durch die "Blut- und Boden-Ideologie, die unter den Nationalsozialisten propagiert wurde. (Siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Blut-und-Boden-Ideologie>) Den Begriff Ideologie kann man hier wohl nur anwenden, weil er allgemein mit einer Unschärfe verwendet wird. Es handelt sich hier eher um eine krude Idee, die zur Herrschaft gekommen ist. Erschwert wird auch die Erörterung von Bodenrechtsproblemen durch eine Ideologie - im Sinne von Rechtfertigung bestehender Verhältnisse - , die da besagt, dass an dem Boden ein gewöhnliches Eigentumsrecht erworben werden kann wie an einem beliebigen, durch menschliche Arbeit produzierbaren Gut. Studieren kann man heute die Rechtswissenschaften, die Wirtschaftswissenschaften oder eine andere Sozialwissenschaft, ohne je von den Bodenrechtsproblemen gehört zu haben. Auf politischer Ebene hat die SPD eine lange Zeit bodenreformerische Forderungen vertreten. Hier waren aber die Forderungen noch mit ihrem früheren marxistischen Denken belastet. Zur Machterhaltung und -entfaltung hat die SPD das Thema klammheimlich aussortiert.

Am Anfang des vorigen Jahrhunderts gab es nicht nur in Deutschland große Bodenrechtsreformbewegungen. Heute hören wir hin und wieder von Landlosenbewegungen in Südamerika.² Ob in Indien die Landschenkungsbewegung noch aktiv ist, weiß ich nicht. Diese hing auch mit dem indischen Oppositionsführer Jayaprakash Narayan zusammen, den ich 1958 im Internationalen Freundschaftsheim Bückeburg erlebt habe. Seine Schrift „Vom Sozialismus zu Sarvodaya“, 1959, habe ich noch im Bestand. Ich scanne den Text ein und füge ihn zusammen mit einem HAZ-Bericht über Narayan vom 20.3. 1975 in einer gesonderten Datei an.³ Negative Schlagzeilen machen Landvertreibungen in Asien, aber auch der Landkauf durch Chinesen in Afrika, die ohne Rücksicht auf bisherige Nutzer erfolgen sollen.

1 Den genauen Link habe ich schon weiter oben an der passenden Stelle eingefügt.

2 Siehe dazu: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/20.5%20Die%20Landlosen%20Trein%20Klosterkammer.pdf>

3 Ein guter, politischer Wille allein macht noch keine gute Gesellschaft. Ein guter Wille ohne durchdachte Handlungsanweisungen für das Machbare kann auch in Chaos oder Wirkungslosigkeit landen.

In "Adolf Damaschke / Die Bodenreform" zwanzigste Auflage, 1923, sind viele Aussagen zeitgenössischer Politiker wiedergegeben. Auch von Konrad Adenauer, dem damaligen Oberbürgermeister von Köln und Präsident des Preußischen Staatsrats. Ich zitiere einen Satz daraus: „ ... ***Ich betrachte diese falsche Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfange des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter denen wir leiden. ...***“ Als Adenauer Bundeskanzler war, hat er das alles vergessen oder - was ich vermute - bewusst sein Wissen um die Problematik des Bodenrechts zur Abwehr des damals real existierenden Sozialismus hinter dem Eisernen Vorhang und dem in der BRD propagierten Marxismus hintenan gestellt. Der damals praktizierte Antikommunismus war in der Zielrichtung richtig, aber im Inhalt und der Form so verlogen, wie der Antikapitalismus in der DDR oder in der SBZ (Sowjetische Besatzungszone), wie sie lange genannt wurde. Die CDU-FDP-Politik ist davon ausgegangen, dass jeder Häuslebauer ein Verteidiger ihrer Politik würde. Dass eine Bodenreform gar nicht gegen die Häuslebauer gerichtet ist, ihnen in Verbindung mit einer Geldreform das Leben sogar erleichtern würde, wollten weder die Ideologen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges nicht wahrhaben. Und die Situation hat sich zwischen den heutigen Verteidigern von Kapitalismus und Sozialismus nicht wesentlich geändert.

Für die Gründungsgruppe der GRÜNEN der *Arbeitskreis Dritter Weg NWO*^{4 5} war das Werben für ein neues menschenfreundliches und ökonomisch logisches Bodenrecht ein für die Gründung der Partei treibendes Moment. Nachzulesen in „Der Dritte Weg / Die natürliche Wirtschaftsordnung – ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung – erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken“ im Gliederungspunkt 3.3.2.6. Nachzulesen unter:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Grüne%201980%20neu%2012.%202003.pdf>

Die grünen Akteure in dem Arbeitskreis Dritter Weg NWO haben sich, damit die Grünen die 5%-Hürde überspringen konnten, für die Aufnahme von Mitgliedskandidaten aus den K-Gruppen ausgesprochen, obwohl in der Vorläuferorganisation, der GLU (= Grüne Liste Umweltschutz) große Vorbehalte oder gar Ängste bestanden.⁶ Belohnt wurden wir für unsere

4 NWO steht für *Natürliche Wirtschaftsordnung*. Es ist der Titel des Hauptwerkes von Silvio Gesell. Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Silvio_Gesell <http://de.wikipedia.org/wiki/Freiwirtschaft>
<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/>

5 Es gab noch eine weitere Gruppe, die einen Dritten Weg vertrat, die unter der Abkürzung A3W agierte. Sie hatte ihren Ausgangspunkt im Kulturzentrum Achberg, sie speiste sich aus Ideen des Prager Frühlings (Ota Šik, Argumente für den Dritten Weg, 1973) und der Anthroposophie. Ihr bekanntestes Mitglied war Joseph Beuys.

6 Siehe „Von der Grünen Liste zur Grünen Partei? - Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von

Fürsprache von den K-Gruppen-Mitgliedern damit, dass unser bodenrechtliches Anliegen als Blut-und-Boden-Ideologie der Nazis hingestellt wurde. Das war für die Mitglieder des Arbeitskreises eine schmerzliche Erfahrung. Überhaupt ist es so, dass der hoffnungsvolle grüne Aufbruch und das Hochgefühl der Vielfalt in der Einheit der grünen Partei bald von einem allgemeinen Hick-Hack abgelöst wurde. Der Weg der Grünen in die heutige Form ist mit ideell und seelisch geschädigten Mitgliedern gepflastert. Wenigstens von einem Mitglied weiß ich, dass dieser durch das Gift, das in und aus der Partei versprüht wurde, in dem Selbstmord endete.⁷ Für mich ist das Schnee von gestern, für die grüne Partei aber ein Schaden, der bis heute nicht behoben wurde. Ohne den bodenreformerischen Ansatz sind die GRÜNEN nur ein zusätzliches Mitglied im Parteikartell geworden. Auf dem Hintergrund, dass diese Partei ja gegründet wurde, um das Parteienkartell zu sprengen und nicht, um es um ein Mitglied zu erweitern, ist die Entwicklung als tragisch zu bezeichnen.

Aber noch mal zurück zum Auslöser dieser Zeilen, zu dem Ärger, den sich die rot-grüne Landesregierung mit „der Änderung des Landesraumordnungsprogramms (LROP) Vorrangflächen für den Torferhalt auszuweisen“ eingehandelt hat. Selbst wenn die rot-grüne Niedersächsische Landesregierung nur an Moorflächen dabei denkt, die im Landeseigentum stehen – und diese Flächen nicht teuer zurück gekauft werden mussten, weil vorhergehende Landesregierungen mit Zustimmung des Landtages nicht verjubelt hatten – wie die Bundesregierung und der Bundestag das Land in den neuen Bundesländern nach der Vereinigung von DDR und BRD – ist das Vorhaben nicht ohne bodenrechtliche Probleme. Wenn nämlich Moorflächen vom Torfabbau oder abgebaute Moorflächen von der Umwandlung in landwirtschaftliche Nutzfläche ausgeschlossen werden, steigert sich der Wert der in der Vergangenheit genehmigten Abbauflächen und der bisher vorhandenen landwirtschaftlich genutzten Flächen. Auch wenn es hier und da noch größere Flächen im Besitz des Landes geben mag, in den Randgebieten wird eine Wiedervernässung der Moore den anliegenden Landwirten möglicherweise Kummer bereiten, weil eine Vernässung von Moorflächen sich nicht ganz abgrenzen lässt von einer ungewollten Vernässung landwirtschaftlicher Nutzflächen, die vormals Moore waren.

Für das ganze Programm gibt es ja auch noch eine andere Problematik. Es ist das langsame Wachstum - „*Als Faustzahl kann man für das Moorwachstum in Mitteleuropa für lebende*

ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei DIE GRÜNEN 1980“ von Anna Hallensleben, 1984. 325 Seiten und 143 Seiten Anhang. Es handelt sich um eine Dissertation.

7 Siehe: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.0%20Abschied%20von%20den%20GRUENEN.pdf> Seite 10

Schichten 5 bis 10 cm pro Jahr und für die Torfbildung 1 bis 10 cm pro Jahrhundert unterstellen.“ und die sich ständig ändernde Einstellung der Menschen zum Moor. Schon eine Änderung der Mehrheit im Landtag kann ein Schutzprogramm aufheben. Aber auch die nächste Generation kann ganz andere Prioritäten zum Thema Moor entwickeln. Hier bei uns am Steinhuder Meer mit seinem anschließenden Moor und Wiesen versucht man ja ein Ausgleich zwischen Naturschutz, Vogelschutz, Naherholung, Segelsport und Tourismusinteressen hinzubekommen. Wie schwierig das ist, ist bekannt. Mir fällt dabei eine Äußerung von Heinz Nixdorf⁸ wieder ein. Die Zeit hatte über ihn einen Artikel geschrieben, in dem er bekannte, dass er durch das Studium von Gesells Werken für sein Wirken inspiriert wurde. Ich hatte deshalb Kontakt zu ihm aufgenommen. Am 12. Juni 1985 schrieb er mir:

Die Ratlosigkeit der Politiker von heute, macht die Arbeiten von Silvio Gesell immer moderner. Die Fülle meiner Arbeit verleitet mich, mich ganz auf diese zu konzentrieren. Auch mein Segeln wird leider seltener. Sollte mich mein Weg zum Steinhuder Meer führen (dessen Vergrößerung ich Herrn Ministerpräsident Albrecht empfohlen habe), werde ich Sie gerne in Mardorf besuchen.

Diese Vergrößerung des Steinhuder Meeres muss er sich wohl derart gedacht haben, dass das abgebaute Moor – zusätzlich ausgebaggert – dem Steinhuder Meer zugeschlagen wird. Das ist für Moorschützer eine befremdliche Vorstellung. Ist aber gar nicht mehr so befremdlich, wenn man bedenkt, dass es in Deutschland wohl keinen Quadratmeter Boden gibt, der im Laufe der Generationen nicht umgestaltet wurde. Und der in Arbeits- und Politikzwängen eingeschnürte Mensch braucht auch Raum, um sich aus- oder anderweitig anzuspannen.

Der Torf und das Moor hatte für mich in meiner Kindheit und Jugend ebenfalls eine hervorragende Bedeutung. Meine ostfriesischstämmigen Großeltern waren im Bollinger Moor (Saterland) an der Grenze zu Elisabethfehn (Gemeinde Barbel) Kolonisten, das heißt, sie waren Moorbauern, Torfproduzenten, Torfhändler und Schiffer (oder in umgekehrter Reihenfolge). Das, was dort ab dem Ende des 19. Jahrhunderts geschah, kann optisch und gedanklich im Moor- und Fehnmuseum Elisabethfehn nachvollzogen werden. <http://www.fehnmuseum.de/> In Barbel, wo meine Eltern eine Friseur- und Fotogeschäft hatten, wurden die Öfen vorwiegend mit Torf geheizt. Zur Schule hatten wir nach dem Krieg im Winter neben den Hausarbeiten auf der Schiefertafel oder auf der freien Seite von veralteten Vordrucken einen Torfsofen mitzubringen. Im Steppensommer 1947 durfte ich mit einem der Brüder meiner Mutter,

⁸ Den Namen kann man noch auf den Auszahlungsautomaten der Sparkasse lesen.

die selbständige Schiffer waren, mit einer Ladung Torf, der selbst gegraben und getrocknet war, an die Unterweser fahren, wo er körbewise im Tauschhandel verhökert wurde. Wir haben damals das Trinkwasser noch aus der Hunte – ein Fluss, an dem Oldenburg liegt – geschöpft. Weil es ein so trockener Sommer war, war das Wasser in den Brunnen und Flüssen wohl nicht mehr im besten Zustand. Im Krankenhaus Barbel wurde eine Isolierstation für Typhuskranke eingerichtet. Ich wurde dort mit Paratyhus eingewiesen. Es gab Todesfälle. Aber ich bin ja beim Thema Torf. Wir fünf evangelische Jungs aus dem katholischen Barbel – wo uns das Gefühl vermittelt wurde, dass wir nur geduldet seien – mussten nach E-fehn – so die gebräuchliche Abkürzung für Elisabethfehn. Dort waren wir aber die Fremden aus Barbel. Um den Platz am mit Torf geheizten Ofen kam es im Konfirmandenunterricht dann zu einem „Krieg der Knöpfe“ (<https://www.youtube.com/watch?v=f5J5IrzWRIE>), der über die ganze Zeit des Konfirmandenunterrichts dauerte und für mich, der ich nicht kapitulieren wollte, erst mit Unterstützung von drei katholischen Schulkameraden zu Ende geführt wurde. Das Interessante ist hier, dass ich nicht von den „guten“ Schülern unterstützt wurde, sondern von den „schwachen“, die häufiger vom Lehrer Prügel bezogen – damals eine staatlich anerkannte pädagogische Methode. Aber als Fotografenlehrling wider Willen bei meinem Vater (Ich weiß nicht mehr, ob ich noch 14 oder schon 15 Jahre alt war, ob es noch vor oder nach der Währungsreform war.) habe ich ein paar Wochen im Moor Torf gestukt. Siehe: http://www.agrartechnik-im-einsatz.de/de/index.php?page=view_picture&id=707244 Es handelte sich hier nicht um den Stichtorf, der von Hand gewonnen wird, sondern um Presstorf, der mit Maschinen gewonnen wird. Die Maschinen konnten den Torf aber nicht zum Trocken stapeln, das musste von Hand gemacht werden. Für diese Tätigkeit erhielt ich keinen Lohn in bar, sondern die Familie pro Feld gestukten Torfes eine bestimmte Menge fertigen Torf zum heizen. Später als ich schon zur See fuhr, sind meine Eltern von Barbel nach Elisabethfehn umgezogen. Hinter dem umgebauten Siedlerhaus wurde damals noch der Torf für den Eigenbedarf mittels Torfstechen gewonnen. Meine Mutter, die das Hochdeutsche erst in der Schule wie eine Fremdsprache gelernt hat, hatte immer Mengenbegriffe für den Torf parat. Es wurde von einem Viertel, halben oder ganzen Tagewerk gesprochen, das hörte sich dann an wie „en fördel, en half oder en ganz Dagwark“ an. (Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Schlag_%28Einheit%29 <http://de.wikipedia.org/wiki/Torflast> <http://de.wikipedia.org/wiki/Moor>) Ich habe das auch erzählt, um zu verdeutlichen, dass es zwischen den „Torfköppen“ und den Städtern, die als Hobby oder von berufswegen das Thema Moorschutz aufgegriffen haben, in der Wahrnehmung des Themas Moor Widersprüche geben kann.

00000000

Einschub vom 12. November 2014

Moin!

Es gibt wieder einen Klönsnack – und zwar am 20. November, 19 Uhr 30 – in der Teestube beim Moor- und Fehnmuseum Elisabethfehn. Die Veranstaltung ist kostenlos. Eingeladen sind alle interessierten Bürger und Bürgerinnen. Unser Thema dieses Mal:

Fehnlandschaft als Marke

Sind die deutsch-niederländische Fehnlandschaft und damit auch der Elisabethfehnkanal ein UNESCO-Welterbe? Während der Diskussion um die Rettung des letzten intakten, durchgängig schiffbaren Fehnkanals in Deutschland tauchte die Frage auf, ob ein höherer Schutzstatus notwendig sei. Der von der UNESCO verliehene Titel Welterbe (Weltkulturerbe und Weltnaturerbe) zeichnet Stätten aus, die aufgrund ihrer Einzigartigkeit weltbedeutend sind. Hätte die Fehnlandschaft eine Chance, als Welterbe anerkannt zu werden? Wären andere Titel geeigneter, um das historische Erbe des deutsch-niederländischen Fehngebietes zu schützen? Etwa ein Markenname „Fehnlandschaft“? Diesen und ähnlichen Fragen geht die Friesoyther Rechtsanwältin Jutta Engbers beim nächsten „Klönsnack am Kanal“ nach. Veranstalter ist der Verein „Bürgerinitiative Rettet den Elisabethfehnkanal“. Der Vortrag am Donnerstag, 20. November 2014, beginnt um 19 Uhr 30 in der Teestube beim Moor- und Fehnmuseum Elisabethfehn. Die Veranstaltung ist kostenlos. Eingeladen sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Diese Nachricht bitte weiterleiten an Interessierte!

Mit freundlichen Grüßen!

Hanne Klöver / Verein „Bürgerinitiative Rettet den Elisabethfehnkanal“

Schleusenstr. 121, 26676 Barßel

000000000000

Liebe Ute, ich habe diese Zeilen nicht geschrieben, um Dich und die kleine Schar der Mitglieder der GRÜNEN in Neustadt zu entmutigen, sondern Euch zu ermutigen, die Augen nicht vor den Aufgaben zu verschießen, die dringend vor der Umsetzung von Moor- und Landschaftsschutz-Plänen in Angriff genommen werden müssen. In Bezug auf das Bodenrecht heißt das, sich erst einmal selber über diesen Problemkomplex zu informieren und sich auf eine lange Phase der Aufklärung einstellen. Denn ohne ehrliche und gründliche Aufklärung kann aus einem gesetzgeberischen bodenrechtlichen Akt leicht ein Programm zum *Mord und Totschlag werden*. Ich lasse die Pressemeldung der grünen Landtagsfraktion folgen, blende dann einen Hinweis auf eine Initiative zur Grundsteuerreform ein und mache danach noch ein paar Literaturangaben.

Es grüßt Dich Tristan

Pressemeldung Nr. 191 vom 06.11.2014

Landesraumordnungsprogramm

Janßen: Oppositionskritik an Landesraumordnung völlig maßlos

Darum geht's

Seit Bekanntwerden der Pläne der Landesregierung, mit der Änderung des Landesraumordnungsprogramms (LROP) Vorrangflächen für den Torferhalt auszuweisen, wird von der Opposition behauptet, in den vorgesehenen Gebieten würden landwirtschaftliche Nutzflächen gegen den Willen der Eigentümer vernässt. Die CDU unterstellt, die komplette Ernährungswirtschaft würde dadurch platt gemacht und Familien würden von ihren Höfen vertrieben.

Das sagen die Grünen

Hans-Joachim Janßen, agrarpolitischer Sprecher

„CDU und FDP haben mit ihrer Kritik an Landwirtschaftsminister Meyer das Maß verloren. Obwohl die Opposition selbst sehr genau weiß, dass die Ausweisung von Vorranggebieten für den Moorschutz keine Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung hat, verbreitet sie das Gegenteil. Befürchtungen der Bäuerinnen und Bauern werden auf diese Weise bewusst für die Stimmungsmache der Opposition instrumentalisiert. Das ist unverantwortlich.“

„Wirkliche Probleme drohen den Grünlandbetrieben nicht vom Raumordnungsprogramm des Landes, sondern vom Wegfall der Milchquote im kommenden Frühjahr, der mit einem weiteren deutlichen Milchpreisverfall einhergehen wird. Dieses Problems sollten sich Landvolkspitze und CDU endlich annehmen, statt mit Polemik gegen die Landesregierung zu agieren.“

Zum Hintergrund

Derzeit befindet sich eine geplante Novelle des Landesraumordnungsprogramms in der öffentlichen Anhörung. Vorgesehen ist mit dieser Änderung unter anderem die Ausweisung von rund 100.000 Hektar Hochmoorfläche als Vorranggebiet für Torferhalt und Moorentwicklung. Wie alle vorherigen Änderungen des Landesraumordnungsprogramms ist auch diese geplante Änderung zwar behörden- aber nicht allgemeinverbindlich. In die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung kann ein Landesraumordnungsprogramm deshalb nicht eingreifen.

Nach Auswertung der eingehenden Stellungnahmen und Erörterungen mit den Beteiligten wird der Entwurf überarbeitet, erneut vom Landeskabinett beschlossen und dem Landtag zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung zugeleitet.

>> [Fragen und Antworten zur Torferhaltung und Moorentwicklung](#)

90/Die Grünen im Landtag Niedersachsen

Theresa Junge, Pressesprecherin

Tel. 0511/3030-4205

Fax. 0511/3030-994205

E-Mail: presse.gruene@lt.niedersachsen.de

www.fraktion.gruene-niedersachsen.de

0000000

Hinweis auf das Thema Grundsteuerreform

"Die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V. unterstützt den Aufruf

Der Aufruf wurde von mehreren Bürgermeistern aus verschiedenen Bundesländern, dem Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) sowie Prof. Dr. Dirk Lühr von der Hochschule Trier erarbeitet und am 13.12.2012 veröffentlicht.

Die entsprechende Internetseite www.grundsteuerreform.net ist freigeschaltet.

Der Aufruf richtet sich an die Finanzminister der Länder und an die kommunalen Spitzenverbände. Bereits zahlreiche weitere Bürgermeister und Verbände unterstützen den Aufruf.

Die Unterzeichner wollen, dass im Vorfeld der bevorstehenden Reform der Grundsteuer auch Varianten untersucht werden, bei denen nicht mehr Boden und Gebäude, sondern nur noch der Boden besteuert wird. Eine solche rein bodenbasierte Grundsteuer befördert Investitionen in Gebäude, stärkt die Ortskerne, hilft Natur und Landschaft vor weiterer Zersiedlung zu bewahren und hat zahlreiche weitere soziale und wirtschaftliche Vorteile.

Über die Internetseite www.grundsteuerreform.net können sich Bürgermeister, Verbände und auch private Unterstützer dem Aufruf anschließen. Jede Stimme zählt!!"

Literaturhinweise zum Bodenrecht:

Vergessener Faktor Boden: Marktgerechte Bodenbewertung und Raumordnung

1990, von Martin Pfannschmidt und Gustav Bohnsack

Aus dem Vorwort von Prof. Gustav Bohnsack (<http://www.haz-trauer.de/9526327-traueranzeige-dipl.-ing.-gustav-bohnsack>):

Martin Pfannschmidt hat ein ganzes Berufsleben bis zu seinem Lebensende im hohen Alter für soziale Gerechtigkeit, für die Sozialpflichtigkeit von Grund und Boden gekämpft, vergebens! Wann wird der von den Politikern vergessene Faktor Boden endlich in das helle Rampenlicht zukunftsweisender Bodenpolitik gerückt? Die gegenwärtige Entwicklung des mitteleuropäischen Raumes beweist doch wohl, daß hier „Handlungsbedarf“ besteht - und das, bevor auch dort, wie im Westen, zufällige Eigentümer ohne eigene Leistung zu Lasten der Gesellschaft Millionen verdienen. Martin Pfannschmidt weist mit dem vorliegenden Werk an in- und ausländischen Beispielen Wege zur Problemlösung und zwar nun für das vereinte Deutschland.
Hannover, 3. Oktober 1990

000000000

Boden – Wem nützt er? Wen stützt er?

Neue Perspektiven des Bodenrechts, 1997

Herausgegeben von Beate und Hartmut Dietrich

Aus der Einleitung zu bzw. von:

Auf dem Weg zu einer sozialverträglichen Bodenordnung

Dr. Michael Vesper

Minister für Bauen und Wohnen des Landes Nordrhein-Westfalen

Nach der Umweltkonferenz in Rio 1992 und der UN Konferenz Habitat II 1996 in Istanbul wurde ein zunächst nur von Fachleuten benutzter Begriff ein Thema der öffentlichen Diskussion: Die Zielsetzung der „nachhaltigen Entwicklung“ ist mittlerweile in aller Munde und über die Parteigrenzen hinweg konsensfähig. Aber was verbinden wir im Detail mit diesem übergeordneten Ziel der „Nachhaltigkeit“? Auf einen einfachen Nenner gebracht heißt Nachhaltigkeit: Verbrauche nur so viel, wie wieder nachwächst oder wie das System Erde verkraften kann. ...

Diese Maxime gilt für alle unsere natürlichen Lebensgrundlagen: die Luft, das Wasser, die Bodenschätze, alle nachwachsenden Rohstoffe und nicht zuletzt den Boden.

oooooooooooo

Frieden auf dem Erdboden

von Hans Herrmann Traugott Strung, 2010

Geschichte

Zeile für Zeile in die Vergangenheit

Die Vergangenheit der Familie Strung ruhte Jahrzehnte in einer Metallkassette im Keller. Sechs Tagebücher geben preis, was die Nachwelt ursprünglich nicht erfahren sollte.

Von Diana Unkart

Silvio und Carola Strung sind für einen Urlaub nach Trusetal zurückgekehrt. Es ist der Ort ihrer Kindheit und Jugend - eine Heimat, die sie verlassen mussten, weil es dort für sie keine Zukunft gab. Zu groß war der Druck, zu demütigend waren die Gerüchte und Verleumdungen, die - von Stasi-Mitarbeitern und Mitläufern gestreut - zur Folge hatten, dass die Familie zerbrach.

Für seine beiden Werke "Friede auf dem Erdboden" und "Die Religion der Wahrheit" saß Hans Herrmann Traugott Strung fünf Jahre in Stasi-Haft. "Staatsfeindliche Hetze" hatte man ihm vorgeworfen, aber Strung war kein Staatsfeind; er war ein Intellektueller, ein Philosoph, ein Gesellschaftskritiker, ein Autodidakt, der sich seit seiner Jugend mit der Frage beschäftigte, wie die Welt gerechter und der Gegensatz zwischen Arm und Reich überwunden werden kann. Er schrieb Sätze wie: "Immer noch wartet die Parole ‚Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit‘ darauf, aus dem Reiche bloßer Träume in die Wirklichkeit überführt zu werden. Wollen wir Menschen in Eintracht leben, dann müssen wir in Einklang mit der Natur stehen. Diese hat den Tisch mit den gleichen Gaben für alle gedeckt." Sohn Silvio hat nun den Wunsch seines Vaters erfüllt und beide Bücher posthum herausgegeben. Der Inhalt, obgleich vor sechs Jahrzehnten geschrieben, erscheint heute - vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Umweltverschmutzung und

ungehemmten Ressourcenausbeutung - aktueller denn je. ... weiter:

<http://www.insuedthueringen.de/regional/thueringen/thuefwthuedeu/Zeile-fuer-Zeile-in-die-Vergangenheit;art83467,1716682>

<http://www.insuedthueringen.de/regional/thueringen/thuefwthuedeu/Der-verleumdete-Freigeist-von-Trusetal;art83467,1601304>

oooooooooooo

Land und Freiheit

Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne

Gerhard Senft (Hg)

Mit Texten von: Thomas Paine, Adam Smith, David Ricardo, John Stuart Mill, Pierre-Joseph Proudhon, Friedrich Engels, Karl Marx, Silvio Gesell, Leon Walras, Michael Flürscheim, Leo Tolstoi, Amelie Lanier, Dirk Lühr u.a.

Die Frage der Verfügbarkeit über Grund und Boden ist eine der Kernfragen gesellschaftlicher Entwicklung. Jahrtausendlang wurde Land als kollektiv zu nutzendes Gut begriffen, sowie es für Luft und - bedingt - für Wasser bis heute in weiten Teilen der Welt der Fall ist.

In Land und Freiheit versammelt der Herausgeber Gerhard Senft die wichtigsten Debatten zu den Nutzungsrechten von Grund und Boden, wie sie vor allem seit dem Ende des 15. Jahrhunderts geführt wurden und bis heute werden. Wie aktuell das Thema ist, zeigt ein Blick nach Afrika, wo mittels „Land Grabbing“ in gewisser Weise jene Enteignungen von kollektiven Rechten wiederholt werden, die an der Wende zum 16. Jahrhundert Grund und Boden im europäischen Westen privatisierten.

(Text von hinteren Umschlagseite)

oooooooooooooooo

Theorie des Eigentums

Pierre-Joseph Proudhon

übersetzt von Lutz Roemheld

mit einer Einleitung von Gerhard Senft, 2010

In seiner "**Theorie des Eigentums**" (1866) unterzieht Pierre-Joseph Proudhon das kapitalistische Eigentum einer wissenschaftlichen und politischen Grundsatzkritik. Deren Aktualität erweist sich besonders da, wo er es als Instrument wachsender wirtschaftlicher und politischer Macht und als Gegenstand immer schärferer innergesellschaftlicher Konflikte charakterisiert. Mit dieser Kritik verbindet Proudhon sein Konzept einer sozial orientierten Organisation des Eigentums in "einer auf dem Reziprozitätsprinzip basierenden Ökonomie" (Gerhard Senft), das mit vorliegender Übersetzung zur Diskussion gestellt wird.

Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865) geb. in Besançon; Drucker, Publizist, Herausgeber mehrerer Zeitungen; engagiert für die Revolution von 1848 und Mitglied der Nationalversammlung; Verfasser zahlreicher sozialreformerischer Bücher und politischer Artikel; Tod in Passy bei Paris. Wichtige Werke in Verbindung mit der vorliegenden Übersetzung: "Was ist das Eigentum?" (1840); "System der ökonomischen Widersprüche, oder: Philosophie des Elends" (1846); "Theorie der Steuer" (1861).

Dr. Lutz Roemheld, geb. 1937; bis 1998 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Dortmund; Veröffentlichungen zu den Themenbereichen Europäische Integration, Föderalismus, Regionalismus, Proudhon; gegenwärtig Konzentration auf die Übersetzung von Werken Proudhons.

Ao. Univ. Prof. Ing. Mag. **Dr. Gerhard Senft**, geb. 1956; mehrjährige Berufstätigkeit als Ingenieur im Industrieanlagenbau; seit 1989 Lehrbeauftragter am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Wirtschaftsuniversität Wien; Veröffentlichungen u.a. zu den Themenbereichen Wirtschaftspolitik in historischer Dimension, Dogmengeschichte der Nationalökonomie, Anarchismus.

(rückseitiger Umschlagtext)

000000000

Archiv für Geld- und Bodenreform

http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld-_und_Bodenreform/archiv_geld-_und_bodenreform.html

Archiv für Geld- und Bodenreform

In ihrem seit 1983 aufgebauten „Archiv für Geld- und Bodenreform“ sammelt die „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ Primär- und Sekundärliteratur von AutorInnen, die einen dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus gesucht haben. Zu ihnen gehören Pierre Joseph Proudhon, Gustav Landauer, Henry George, Adolf Damaschke, Franz Oppenheimer, Silvio Gesell, Rudolf Steiner und andere, die die Lösung der sozialen Fragen auf freiheitlichen Wegen anstrebten. ...

<http://www.bis.uni-oldenburg.de/ueber-uns/bibliotheksprofil/archive-und-sammlungen/archiv-fuer-geld-und-bodenreform/>

Archiv für Geld- und Bodenreform - Wissenschaftliches Archiv -

unkorrigierter Katalog der Bücher, Broschüren und Zeitschriften (Stand Juni 2000)

Standort: Oldenburg / Dipl. Ökonom Werner Onken / E-Mail: onken at sozialoekonomie.info
<http://userpage.fu-berlin.de/roehrigw/onken/bibliothek/>

00000000000

Inhalt der **Zeitschrift für Sozialökonomie**, Folge 182/183 Okt. 2014

www.sozialoekonomie-onlin.de www.sozialoekonomie.info

Markus Pühringer	3	Im Bannkreis des Geldes
Helmut de Craigher	12	Geldordnung und Selbstentfremdung - Das Geld bei Georg W. F. Hegel
Dirk Löhr	22	„Pay for what you get!“ - Henry George als Ergänzung zu Silvio Gesell
Gerhard Senft	34	In Alternativen denken: Franz Oppenheimer zum 150. Geburtstag
Elisabeth Voss	40	Landgrabbing in Deutschland - Investoren eignen sich landwirtschaftliche Nutzflächen an
Johann Walter	44	Eigentum oder Nutzungsrechte? - Ordnungspolitische Vorschläge zur Rentenabschöpfung
Adelheid Biesecker	52	Neue Formen des Wirtschaftens aus (re)produktionstheoretischer Sicht
Beate Bocking	60	Paradigmenwechsel im Geldwesen? Tagung über negative Zinsen - Ein Bericht
	66	Bücher - Veranstaltungen
	79	54. Mündener Gespräche in der Reinhardswaldschule in Fuldataal

00000000000

9. November 2014

Über das Reden, die Toleranz und die Überwachung
- Zum Spiegel-Gespräch mit Malte Spitz.

Liebe Grüne in Neustadt,

im Magazin *DER SPIEGEL* Nr. 45 vom 3. 11. 2014 habe ich das Spiegel-Gespräch „Wort, Pause, Stottern, Wort, Pause“ mit dem Stotterer Malte Spitz gelesen und bin davon beeindruckt. Es ist dort zu lesen, dass Malte 2006 mit 22 Jahren als jüngstes Mitglied in den Bundesvorstand gewählt wurde und blieb 7 Jahre im Amt blieb. Mir war dieser Mensch bisher noch nicht aufgefallen und habe erst einmal in Wikipedia geschaut:

http://de.wikipedia.org/wiki/Malte_Spitz Diese Leistung ist besonders hervorzuheben, weil im Parteilgeschäft das Reden fast wichtiger ist als das Denken. Das klingt fast so, als sei das gekonnte Reden von dem gekonnten Denken unabhängig. Sicherlich stimmt das nicht völlig. Aber als Redner genügt es, das von anderen Gedachte gut repetieren zu können und ein Gespür dafür zu haben, was ankommt. Von Malte Spitz habe ich den Eindruck aus dem von mir Gelesenen, dass er gut denken kann und trotz seiner Behinderung durch das Stottern das mutig vorträgt, was er für richtig findet.

Ich selbst weiß, dass ein Schreiber mit seinem Geschriebenen viel leichter und mehr Erfolg hat, wenn er auch ein guter Sprecher ist. Hier macht mir ein mutiger Stotterer bewußt, wie schwach ich doch im Reden bin. Merkwürdigerweise bezieht sich das nicht auf Diskussionsbeiträge, sondern auf Vorträge. Ich habe schon öfter über die Ursachen nachgedacht, bin aber zu keinem Ergebnis gekommen. Sicher spielt die mangelnde Übung eine Rolle. Auch bin ich ja in einer Zeit groß geworden, wo der junge Mensch nur zu reden hatte, wenn er gefragt wurde. Wenn mir berichtet wird, dass der durchschnittliche US-Amerikaner ganz selbstbewusst auch den größten „Schwachsinn“ redend vorträgt, kann das ein Hinweis auf unsere Erziehungskultur sein. Aber da sind aber auch die Feinseligkeiten der Mehrheit politischer Zuhörer, die aktiviert werden, wenn ihnen einer von einer andersdenkenden Minderheit etwas zu sagen versucht. In der Hauptsache ist mein Handicap, meine Furcht, dass ich das, was ich denke und vertrete, nicht gut genug vortrage. Aber es ist ein Mangel, der mich nicht mutlos macht.

In dem Gespräch sagt Christiane Hoffmann oder René Pfister – die das Gespräch mit Malte Spitz führten: „Die Grünen sind sehr stolz auf ihre Toleranz. Hat man es da als Stotterer leichter als in einer anderen Partei?“ Da Malte Spitz allen Anschein nach noch nicht in einer

anderen Partei war, war die Frage nicht besonders intelligent. Aber Malte Spitz antwortet:

Na ja. Die Grünen wählen jetzt nicht einen Stotterer wie mich, um zu zeigen: Guckt mal, was wir für eine tolle Diver-sity-Partei sind. Aber wahr ist, dass es bei uns viele Lehrer und Sozialpädagogen gibt. Die bringen schon eine andere Geduld mit. Das wäre bei anderen Parteien vermutlich schwieriger.

SPIEGEL: Ist das Stottern manchmal auch ein Vorteil, weil Sie aus Rücksicht weniger hart angegangen werden?

Spitz: Nein, ich hatte bei den ersten drei Vorstandswahlen drei harte Gegenkandidaten. Ich spiele diese Karte auch nicht: der arme Stotterer, von der Gesellschaft ausgegrenzt. Ich bin Netz- und Innenpolitiker, Behindertenpolitik war nie mein Schwerpunktthema.

Diese Aussagen sprechen für Malte Spitz, aber nicht unbedingt für die Partei. Die vom Spiegel angesprochene Toleranz habe ich nur bedingt in der GLU und in der Anfangszeit der GRÜNEN erlebt, die mit dem Wachsen der Partei von wachsende Feindseligkeit abgelöst wurde und viele Parteigründer in die Resignation getrieben hat. Ich las von einem, der sieben Jahre politischer Gefangener in der DDR und Sibirien war, dass das Wachpersonal und die Lagerleitung gegenüber den kriminellen Insassen viel toleranter waren als gegenüber den politischen, diese galten als Feinde des Systems und galten als nicht heilbar. Dahinter stand die Vorstellung, dass der Kriminelle ein Opfer gesellschaftlicher Verhältnisse ist und nicht für seine Taten verantwortlich war wie ein politischer. Ich denke, in der Politik ist es auch in etwa so, wobei die Toleranz im Umgang mit Behinderten und Immigranten demonstriert werden kann. Die ideenmäßigen Abweichler vom vorgegebenen oder angestrebten Pfad werden als Störer, wenn nicht gar als Feinde betrachtet und nach Möglichkeit abgesondert und ausgestoßen. Diese Aussage bezieht sich aber nicht nur auf die grüne Partei, sondern auf alle.

Aus dem Spiegel-Artikel habe ich auch erfahren, dass Malte Spitz ein Buch mit dem Titel „Was macht ihr mit meinen Daten?“ Zu dem Thema erschien in der *Humane(n) Wirtschaft Ausgabe 05 - 2014* ein Artikel von Ilija Tojanow mit dem Titel *Wissen und Gewissen – Im Schattenreich der Überwachung*. Der Artikel beginnt so:

Als ich klein war, wurde unsere kleine Wohnung in Sofia verwantzt. Im Rahmen einer großangelegten technischen Aktion. Der Leiter der 3. Unterabteilung der II. Abteilung der VI. Hauptabteilung der bulgarischen Staatssicherheit (DeSe), ein Offizier namens Panteleew, hatte vorgeschlagen, eine Reihe von Mikrofonen in unserer Wohnung zu installieren, um die operative Ermittlung gegen das verdächtige Objekt G.K.G. (mein Onkel) zu unterstützen. Die Umsetzung erfolgte an einem sonnigen Frühlingstag. Zu diesem Zweck mussten alle Bewohner aus dem Haus entfernt werden. Der Chef

meines Onkels wurde angewiesen, diesen auf Dienstreise zu schicken (ein Agent hatte zu überprüfen, ob er in den Zug stieg,...

<http://www.humane-wirtschaft.de/wissen-und-gewissen-im-schattenreich-der-ueberwachung-ilija-trojanow/>

Ich konnte in der Folgeausgabe der Humanen Wirtschaft 06/2015 einen Kommentar unterbringen, in dem auf die ganz legale – ins Totale abwandernde – Überwachung hinweisen, die durch das Berechtigungsunwesen entstanden ist und weiter wächst. Diese aus bürokratischer Sicht notwendige Überwachung ist dadurch entstanden, weil unsere Parlamentarier die immer stärker wirkenden Systemfehler mit immer mehr Gesetzen, die nicht die Fehler beheben, korrigieren wollen. Das geschieht bestimmt nicht aus Böswilligkeit, sondern eher aus Hilflosigkeit, sicher auch, weil bestimmte Klientel der Abgeordneten bedient werden müssen. Aus der Ferne betrachtet sieht es so aus, als fühlten sich die Abgeordneten verpflichtet durch eine möglichst hohe Zahl von Gesetzen den Nachweis zu erbringen, das sie das Geld, welches sie kosten, auch verdienen. Dass die Rechtsstaatlichkeit auch mit einer zu großen Zahl von Gesetzen zerstört werden kann, wird offensichtlich nicht bedacht.

Es grüßt Euch Tristan

10. November

Schul-Schließungen

Lieber Godehard,

Deinen Einsatz für den Erhalt der Schulen in den Dörfern von Neustadt ehrt Dich. Aber leider hast Du schlechte Karten. Im Grundgesetz Art. 7 (1) steht zwar: „Das gesamte Schulwesen untersteht der Aufsicht des Staates.“ Und es steht da nicht: „Das Schulwesen wird vom Staat betrieben.“ Bekanntlich sind Kontrolle und Ausführung zwei Funktionen, die zweckmäßigerweise nicht in einer Hand liegen. Aber wenn man den Artikel weiter liest, stellt man fest, dass der ganze Artikel ein fauler Kompromiss ist. Im wesentlichen ist er für die auf den Staat fixierten Bildungsvermittler geschrieben und die an der Freiheit orientierten Bildungsvermittler haben ein Trostpflaster erhalten. Aber eigentlich kann man mit dem Grundgesetz gar nicht argumentieren, weil sein Verfallsdatum schon 25 Jahre hinter uns liegt. Konsequenzen erzeugt es aber trotzdem: Unser Bildungssystem ist weitgehend nach dem Modell der Zentralverwaltungswirtschaft – aufgesplittet in die Zahl von 16 Bundesländer – und nicht nach dem Modell der Marktwirtschaft. Die Schulen unter wirtschaftlichen Ordnungssystemen aufzuführen mag vielleicht befremden, ist aber gerechtfertigt, denn Bildung ist nicht nur

ein kulturelles Gut, sondern auch ein wirtschaftliches und die Vermittlung von Bildung ist nicht nur eine pädagogische Tätigkeit sondern auch eine wirtschaftliche Leistungserbringung. Man sieht das schon daran, dass die Pädagogen ihren Lohn nicht nur in Lob und als Orden erhalten, sondern in dem ganz profanen Tauschmittel Geld. Diese Betrachtung ist wichtig, weil nur die marktwirtschaftliche Organisation des Bildungswesens den Lehrenden die notwendige pädagogische Freiheit und den Kindern vertreten durch ihre Eltern die Wahlfreiheit der Bildungswege und der Orte der Bildungsvermittlung gewähren kann. Du bist mit Deinem Einsatz für den Erhalt der kleinen Schulen in den Dörfern einfach ein Störenfried, weil Du Dinge einforderst, die in einem marktwirtschaftlichen System voll berechtigt sind und zwischen Lehrer, die die Schulen betreiben und den Eltern entschieden werden, aber nicht in dem System der Zentralverwaltungswirtschaft. Diese kann auf den Willen von Individuen nur schwer bis gar nicht Rücksicht nehmen.

Manfred schreibt Dir nun per E-Mail:

Lieber Godehard,

der Spruch der kurzen Beine kommt ursprünglich von der FDP, da gehört er auch hin. Ist gut für ein populistisches Wahlprogramm, aber mehr nicht. Ich kann ihn nicht mehr hören!

Dass viele Grüne diesen Spruch adaptiert haben, finde ich schlimm und zeugt von wenig Sachverstand der deutschen Schulwirklichkeit oder sie verfallen dem FDP-Syndrom nach Aufmerksamkeit, wenn nichts anderes mehr geht.

Die Schule, von der diese träumen gibt es nicht, schon gar nicht in Schneeren. Reformschulen waren oft immer Privatschulen und bei weitem nicht alle erfolgreich.

Träumen ist ja erlaubt aber hilft den Kindern in Sachen gute Schule in Neustadt nicht wirklich.

Grundschulen haben nicht die Aufgabe das Dorf oder das Leben im Dorf aufzuwerten. Sie haben ausschließlich die Aufgabe Kindern Wissen und Kompetenzen zu vermitteln und sie entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten optimal zu fördern.

Ich bin auch dafür, dass wir in jedem Dorf einen Arzt haben und am Besten einen Tante Emma-Laden.

Ich würde auch tausend Unterschriften dafür zusammen bekommen, macht sich gut im Wahlkampf, ist aber ebenso unrealistisch wie platt.

In der Logik des jetzigen Schulsystems und unserer mit kleine Varianten sozialdemokratisch verfassten Parteien liegt er richtig. Kurz gefasst ist der Sozialdemokratismus ein Modell, in dem die Politik der gute Verwalter des Gutes *Staat* ist und besser als das Gesinde weiß, was ihm zuzumuten ist und was ihm zusteht. Und Manfred war oder ist - das weiß ich nicht so

genau – nach einer Mitteilung der Gerhard-Hauptmann-Schule in Hannover „...didaktischer Leiter Mitglied der Schulleitung der Kooperativen Gesamtschule in Neustadt/Rbg.“ Ohne auch nur einen geringsten Zweifel an seine Kompetenz und Integrität aufkommen zu lassen – schon deshalb, weil mir da jegliche Urteilsgrundlage fehlt -, ist doch zu fragen, ob einer, der von den Kindesbeinen an – wenn er nicht gerade zu den Rebellen gehört, die das System auch erzeugt – ein Gefangener des Schulsystems war, sich überhaupt ein freies Bildungswesen vorstellen kann? Starke Impulse für ein freies Bildungswesen hat es in den ersten Jahren, als die grüne Bewegung sich in eine Partei umformte, gegeben. Ich kann das hier nur mit Rückgriff auf eigene Texte belegen. Die folgenden Thesen habe ich dem Anhang zu meinem Text „GLASNOST UND PERESTROJKA auch in der Bundesrepublik Deutschland, ein Brief an die Mitglieder des Bundestages, Januar 1988“ entnommen.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/4.0%20Glasnost%201.1988%20neu%20formatiert%204.04.pdf>

THESEN zur grünen BILDUNGSPOLITIK

vorgelegt aus Anlaß des 1. Niedersächsischen Bildungskongresses der GRÜNEN vom 24. - 26. Februar 1984 in Göttingen

1. These

Wenn den Grundrechten Geltung verschafft werden soll, ist die Entwicklung und Realisierung eines dezentralen Bildungssystems ein Auftrag des Grundgesetzes.

Unser jetziges Bildungs- und Schulsystem kann den Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG) nicht garantieren; die Freiheitsrechte (Art. 2) nicht wahren, die Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 5) nicht herstellen. Die Freiheit der Lehre (Art.5) bleibt auf der Strecke und der Schutz der Familie (Art.6) wurde zur Entmündigung.

2. These

Art. 7 Abs. 1 des GG besagt: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.“ Überall gilt, daß der Kontrolleur nicht gleichzeitig der zu kontrollierende Akteur sein kann. Nur im Bereich des Schulwesens gilt bisher diese Logik nicht.

Aber auch eine auf die Kontrolle reduzierte staatliche Tätigkeit im Bereich des Schulwesens ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie andere Grundrechte nicht einschränkt, d. h. letztlich, daß der Staat weder die Bildungsinhalte noch die Formen der Bildungsvermittlung vorschreiben kann, sondern nur darauf zu achten hat, daß für alle Beteiligten im Bildungsprozeß eine Chancengleichheit besteht, und daß allgemeine Gesetze eingehalten werden.

3. These

Ein dezentrales alternatives Bildungssystem ist nur erreichbar, wenn Schüler, Lehrlinge (Auszubildende) und Studenten (stellvertretend die Eltern) als Bildungsnachfrager autonom werden, so wie Lehrer und Schulträger als Bildungsanbieter autonom werden müssen. Letztlich heißt das, daß für die Bildungsnachfrager die Schulpflicht in der Gestalt des Schulzwanges aufgehoben werden muß, und daß sie ökonomisch in die Lage versetzt werden müssen, ihre Bildungsnachfrage selber (z. B. durch Bildungsguthaben 1) zu finanzieren. Für die Bildungsanbieter folgt daraus, daß sie als Lehrer auf den Beamtenstatus verzichten müssen und als Institutionen auf eine Finanzierung oder Subventionierung durch den Staat verzichten müssen. Leistung und Gegenleistung wird dann durch privatrechtliche Verträge geregelt. Dafür, daß die Bildungsangebote den Bedürfnissen der Bildungsnachfrager entsprechen, sorgt dann der Wettbewerb.

4. These

Da Bildung auch den Zweck hat, daß die (Aus-)Gebildeten in die Lage versetzt werden, einem Broterwerb nachzugehen, hat ein dezentrales alternatives Bildungssystem auch zur Voraussetzung, daß die Zugänge zu den Berufslaufbahnen neu definiert werden. Denn bleiben hier die alten Normen erhalten, können keine noch so guten neuen Bildungsgänge ohne Verfälschung durch den Anpassungsdruck durchgehalten werden.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

„Die Erziehung war ein wichtiges Werk des Staates und der Staat ein fort-dauerndes Werk dieser Erziehung.“ Friedrich Schiller in: „Vorlesungen über die Gesetzgebung des Lykurgus“ zitiert aus: „Bürger für die Gesetze“ ,Friedrich Salzmann,Verlagsgen. Freies Volk Bern, 1949

5. These

Die erfolgreiche individuelle (oder gruppenmäßige) Bildungsplanung setzt einen kontinuierlichen berechenbaren Ablauf in der Wirtschaft voraus. Eine breit angelegte Bildung, die sich nicht auf die notwendigste Wissensvermittlung beschränken will, setzt ein Mindestmaß an ökonomischer Wohlhabenheit voraus. Beide Faktoren sind heute nicht gegeben, können aber mit ökonomischen Erkenntnissen, die seit der Jahrhundertwende vorliegen, bei Wahrung ökologischer Belange erreicht werden. 2)

6. These

Auch wenn eine neue grüne Bildungspolitik nicht bei Null beginnen kann und für die Umsetzung parlamentarische Mehrheiten fehlen, ist es erforderlich die langfristigen Ziele zu beschreiben, weil sonst die Bildungs-Tages-Politik orientierungslos bleibt.

7. These

Zur Zielerreichung einer neuen emanzipatorischen Bildungslandschaft können Zwischenlösungen angestrebt werden. Wichtig ist, daß Eltern, die ihre Kinder einerprivatrechtlich organisierten öffentlichen Schule anvertrauen wollen, finanziell] genauso gestellt werden wie Eltern, die ihre Kinder weiterhin auf eine staatlich organisierte Schule schicken wollen.

Der (die) freie Lehrer(in) darf gegenüber dem (der) beamteten Lehrer(in) nicht länger finanziell benachteiligt werden.

Die Städte und Gemeinden sind zu verpflichten - solange keine generell neue Bildungsfinanzierung eingeführt wurde - für die Schüler freier Schulen die gleichen Pro-Kopf-Sachkosten zu übernehmen wie für die Schüler staatlicher Schulen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

1) Das Bildungsguthaben ist eine Finanzierungsart der Bildung:

1. die Personen und nicht Institutionen subventioniert (Stärkung der realen Mitbestimmung der Schüler / Eltern und des Wettbewerbes der Schulen um Schüler);

2. die den Eltern / Schülern ein persönliches Bildungsguthabenkonto bei einer staatlichen Verwaltung (z.B. Finanzamt) einräumt;

3. die die anteiligen Personal- und Sachkosten des Bildungsganges voll oder zum Teil durch die Eltern / Schüler finanzierbar machen (Die Aufwendungen der Gemeinschaft werden gegenüber dem jetzigen System nicht größer.);

4. die die Finanzierung der Bildung über den Staat zeitlich begrenzt (z.B. bis zur Vollendung des 18. o. 21. Lebensjahres.);

5. die nicht nach der Höhe der Kosten des jeweiligen Bildungsganges differenziert, sondern für alle Schüler, Lehrlinge und evtl. Studenten in den ersten Semestern pro Kopf z.B. 80 oder 90% der (z.B. 10) teuersten Bildungsgänge zur Verfügung stellt. Nicht abgerufenes Guthaben wird dann nach Erreichen der Förder-Altersgrenze (z.B. als Existenzgründungsbeitrag) ausgezahlt.

2) Wenn wir nach zusätzlichen Mitteln zur Finanzierung eines freien Kulturlebens suchen, dann brauchen wir uns nicht mit einem Verweis auf den Rüstungsetat beschränken. Die Behebung und Vermeidung von Konjunkturkrisen macht ungeheuer viel Mittel frei. Es würden die Kosten der Krisen (Kapitalvernichtung durch Konkurse, Ausfälle bei den Steuern und Sozialversicherungen und die Arbeitslosenunterstützung) gespart und das Arbeitseinkommen kann zu Lasten des Kapitaleinkommens wesentlich erhöht werden.

Liberal-sozialer Arbeitskreis Dritter Weg; Georg Otto, 5221 Eberholzen
Büchertisch: Tristan Abromeit, Gorch-Fock-Weg 3, 5057 Neustadt 1

Literatur; „Die Freie Berufsbildungs-Assoziation“, „Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung“ (je DM 4,50)

„Die Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft für die Gegenwart - sieben Thesen“

„Die Schule - Menschlichkeit durch pädagogische Freiheit“ u.a. Titel vom Seminar für freiheitliche Ordnung, Postfach 1105, 7525 Boll

„Haken krümmt man beizeiten. Schultagebuch eines Vaters“ von Helmut

Creutz, Vorwort von Hans A. Pestalozzi, dtv Sachbuch (DM 9.80)

„Pestalozzi der Rebell“ von Bruno P. Schliepbacke (Es geht um J.H.P.)

In meinem Offenen Brief vom 1. Mai 2001 an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages „Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil“ habe ich ebenfalls das Thema aufgegriffen. Nachfolgend die Abschnitte 11, 12 und 13.

11. Anregung für Parlamentarier,

die sich nur in den Grenzen etablierter Bildungspolitik auskennen

Ich nenne zur Anregung jener Mitglieder des Landtages, die über die Bildungspolitik entscheiden, aber eigentlich zum Inhalt von Bildungsprozessen keinen Bezug haben, einige Titel ohne Rangfolge und ohne repräsentativen Anspruch :

Makarenko - Eine Auswahl, Der Weg ins Leben von Makarenko /

Wir hatten 60 Tage Zeit und Jahre voll offener Fragen, DNS - Das notwendige Seminar - Ein Versuch selbstorganisierten Lernens Bremer Studenten /

Das kleine rote schülerbuch von Sören Hansen und Jesper Jensen /

Die Kinderrepublik von Eberhard Möbius /

Das Recht auf Ungezogenheit von Johannes Beck u.a. /

Die Familienerziehung von Mollenhauer u.a. /

Waldorfschulen: angstfrei lernen, selbstbewußt handeln von Christoph Lindenberg /

Die pädagogische Grundlage und Zielsetzung der Waldorfschule von Rudolf Steiner /

Pädagogische Texte mit Beispielen aus der praktischen Arbeit nach Freinet von Célestin Freinet /

Erziehung in Sommerhill, das prinzip summerhill: fragen und antworten, beide von A.S. Neil /

pädagogik der unterdrückten; erziehung als praxis der freiheit; Dialog als Prinzip; alle drei Titel von Paulo Freire /

Unser schönes neues Schulsystem von Hans-Eckbert Treu / Pestalozzi der Rebell von Bruno P.

Schiephacke / Nach uns die Zukunft - von der positiven Subversion von Hans A. Pestalozzi (ein Nachfahr von Johann Heinrich P.) /

Schul-Alternativen - Modelle anderer Schulwirklichkeit
von Michael Behr und Werner Jeske /

Überschaubare Schule von J. P. Vogel u.a. /

Öffentliche Verantwortung und freie Initiative von Fr. Edding u.a. /

Bildung ist kein Luxus von Hildegard Hamm-Brücher /

Cuernavaca oder: Alternativen zur Schule; Die Wiederherstellung
der Politik, beide von Hartmut von Hentig /

Die Entfesselung der Kreativität - Das Menschenrecht auf Schulvermeidung
von Bernd Bartmann u. a., Hrsg. Johannes Heimrath /

Entschulung der Gesellschaft von Ivan Illich /

Haken krümmt man beizeiten – Schultagebuch eines Vaters mit einem Vor-
wort von Hans A. Pestalozzi von Helmut Creutz, dem Autor von „Das Geld-
syndrom - Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft“, neueste aktualisierte
Ausgabe bei Econ.

12. *Widerspruch bei Rousseau*

Durch ein Gespräch im Radio N 3 in den letzten Tagen wurde ich auf den
Widerspruch bei Jean-Jacques Rousseau zwischen seinem einflußreichen
Erziehungsroman von 1762 „Emil, oder über die Erziehung“ und seinem
Verhalten gegenüber seinen eigenen fünf Kindern, die er im Waisenhaus
aufziehen ließ, aufmerksam. Aber vielleicht wäre *Emil ...* nie geschrieben
worden, wenn Rousseau nicht selber eine unglückliche Kindheit gehabt hät-
te und er seine eigenen Kinder nicht abgeschoben hätte. („Ich bin das Prin-
zip, das Böses will und Gutes schafft!“)

13. *Pädagogen mit dem Blick für die Gesellschaft*

Es ist auch auffällig, daß Menschen, die sich die Erziehung oder die Schule
in der Vergangenheit oder Gegenwart zum Thema wählten, sich meistens
auch mit der Gesellschaft als ganzer auseinandergesetzt haben bzw. aus-
einandersetzen. Ein Beispiel: Ich habe willkürlich „Pestalozzi der Rebell“
von Schliephacke aufgeschlagen, erwische die Seite 39 und lese:
...“Zuchthäuser, Gefängnisse usw. sollen eine zurückführende Schule der
verirrten Menschen sein, wo er bereits Einsichten und Rechttun üben kann;
denn auch hier werden 'alle Fähigkeiten des Menschen entwickelt durch das
Mittel ihres Gebrauchs' und nicht durch gute Redensarten. So wird der
große Menschenfreund der erste Kriminalpsychologe.
Statt immer nur neue Gesetzesparagrafen zu schaffen, mit denen man die
'Staatsmännerschlechtheit' oft nur verdecken wolle, fordert er die Schaffung
wirklich menschenwürdiger Lebensverhältnisse; denn 'der Mensch ist gut
und will das Gute, er will aber zuallererst auch wohlsein.' Pestalozzi wußte
nicht von dem bekannten Spruch des östlichen Weisen: Je mehr Gesetze

im Land, desto mehr Räuber und Diebe! (Laotse, Tao Te King.)“

Und der nächste Satz scheint mir auch noch erwähnenswert:
„Er war überhaupt erstaunlich wenig belesen, weil er aus dem unerschöpflichen Reichtum seines Inneren sprechen konnte, aber hier begegnet er sich mit den Großen aller Zeiten.“

Es grüßt Dich Tristan

oooooooooooo

11. November 2014

Liebe Grüne in Neustadt,

am 28. 10 2014 bekam ich unaufgefordert eine weitere digitale Textauswahl aus der Zeitschrift „*Schweizer Monat*“. Darin fand ich folgenden Beitrag:

> Grün mit braunen Wurzeln

Was Sie wissen sollten, bevor Sie über die Ecopop-Initiative abstimmen.
Von Dirk Maxeiner, Michael Miersch

«Opa, warum sind die Fische tot?», fragt das kleine Mädchen. Und Opa antwortet: «Weil die Industrie das Rheinwasser vergiftet hat.» Dieser Dialog stammt aus einem Fernsehwahlspot der deutschen Grünen von 1983, dem Jahr, als die Partei erstmals in den Bundestag einzog. Für die Rolle des freundlichen Grossvaters heuerten die Werbefilmer nicht irgendeinen Statisten an, sondern Werner Vogel, den Spitzenkandidaten der nordrhein-westfälischen Liste. Nach der Wahl und dem Erfolg der Grünen war Vogel der älteste Abgeordnete; damit stand ihm in der Tradition des Bundestags die Eröffnungsrede zu. Doch dazu kommt es nicht. Denn kurz vorher wird seine Vergangenheit bekannt: SA-Sturmführer und NSDAP-Mitglied. Er tritt zurück. Danach wurde es still um Werner Vogel. ... <

Weiter: <http://www.schweizermonat.ch/artikel/gruen-mit-braunen-wurzeln>

Ich wusste nicht, was die Ecopop-Initiative ist und weiß es heute auch noch nicht genau. Mich interessierte nur, wie und warum mit den Grünen gegen ein Projekt in der Schweiz polemisiert wurde, zumal die deutschen Grünen wohl keinen Einfluss auf die schweizerische Politik haben. Ich habe wie folgt geantwortet:

Tristan
Abromeit
6. November
2014

Kommentar zu:

„Was sie wissen sollten, bevor Sie über die Ecopop-Initiative abstimmen.“

Wenn die beiden sympathisch wirkenden Herren auf dem Bild die Autoren Dirk

Maxeiner und Michael Miersch darstellen, dann zeigt sich einmal mehr, dass sich Schein und Wirklichkeit nicht immer decken, denn ihr Beitrag wirkt nicht sympathisch.

Vorweg: Ich habe mich erst nach dem Lesen des oben benannten Artikels im Netz informiert, was die Buchstabenfolge Ecopop bedeutet. Dem Artikel hatte ich schon entnommen, dass es um das Bevölkerungswachstum und um die Zuwanderung in die Schweiz geht. Ich lasse mich hier nur auf die Art der Kritik der Autoren ein und nicht auf das, was Ecopop will. Wenn die Autoren Aufklärung betreiben wollen, hätten sie das Anliegen der Leute von Ecopop kurz vorgestellt und dann die Argumente die für und gegen die Gesetzes-Initiative vorgetragen. Die Chance haben sie vertan und schreiben fast so, wie in Deutschland Aktivisten der Antifa, die gerne Andersdenkende diffamieren, ohne ihre eigene rot-faschistische Gesinnung zu offenbaren.

Da das Erkennen von Sachzusammenhängen ein individueller und auch ein gruppenspezifischer Prozess ist, ist es unvermeidbar, dass die Ergebnisse dieses Erkennens sich nicht immer decken, ja, sogar widersprechen können. Die Voraussetzung für eine offene und freie Gesellschaft ist nicht das Verbot oder die Diffamierung bestimmter Denkungsarten, sondern der uneingeschränkte werbende Wettbewerb um die Anerkennung der jeweiligen Idee und auch der faire Streit um die Richtigkeit der Inhalte.

Jede Generation produziert ihre problematischen Denk- und Handlungsmuster, jene von heute offenbaren sich erst mit dem nötigen zeitlichen Abstand. Auch ist es legitim Schwachpunkte, Widersprüchliches, Irrationales oder Lebensfeindliches in politischen Initiativen und Vereinigungen aufzuzeigen, aber dann soll man es nicht so darstellen, als seien Negativposten nur in der Gruppe zu finden, die man selbst nicht mag. Auch ist es nicht die feine Art z. B. zu sagen, Vegetarier seien Nazis, weil Hitler Vegetarier gewesen sein soll. (Im Artikel sind nur vergleichbare Hinweise.)

Tristan Abromeit

Liberales Gründungsmitglied der GRÜNEN in D, als Exmitglied deren Kritiker

Anmerkungen vom 11. Nov. zum Beitrag von Dirk Maxeiner, Michael Miersch.

Es ist unvermeidlich, dass in einem neuen politischen Gebilde – sei es eine Partei oder gar ein Staat – Akteure mitwirken, die ihre politischen Wurzeln in der Politik von davor haben – sei es als Akteure in einer anderen Partei, als politisch Passive, die sich aus allem herausgehalten haben oder die in Opposition oder gar im Widerstand zu der Politik, die davor betrieben wurde, standen. Alle, die sich an etwas Neues wagen, wie es die Gründung einer Partei darstellt, haben eine Vorprägung. Zudem ist der Prozentsatz von Bürgern, die bereit sind, sich aktiv in die Politik zu engagieren, sehr klein. Von daher gesehen ist die Auswahl von Mitgliedern für eine neue Partei schon zahlenmäßig klein. Und es ist merkwürdig, wenn ein Mensch kriminelle Handlungen begangen hat, wird ihm unterstellt, dass ihm ein Wandel sei-

ner Haltung möglich ist. Wenn einer in einer Partei wie die NSDAP oder SED war, wird ihm unterstellt, dass er ewig ein ideologisch befangener Bonze bleibt. Nach dieser Logik sind wir Aktiven, die an irgendeiner Stelle im politischen Geschehen tätig sind, in der nächsten Runde, nachdem ein weiteres Mal unsere Republik in den Ruin getrieben wurde, belastet. Der Rat an unsere Kinder müsste dann lauten: „Haltet euch aus der Politik raus, das Risiko auf das falsche Pferd zu setzen ist zu groß.“ Auf die Gründung der grünen Partei bezogen. Welches Mitglied war eigentlich belastender: Jenes alte, das schon Mitglied der NSDAP war und aus Einsicht in das erlebte Böse etwas anderes wollte oder jenes junge, das heimlich oder offen Sympathien für die Unrechtsstaaten im real-existierenden Sozialismus hegten. Also noch aktiv gegenwärtig das Böse wollten? Ich kann mich noch an eine Nachrichtensendung erinnern, in der Jutta Ditfurth im Ausland verkündete, die Grünen seien eine marxistische oder sozialistische Partei. Es gab sicherlich in der Gründungszeit grüne Mitglieder deren „rechten“ Inhalte mich abgestoßen hätten, wenn sie ein tragendes Moment in den sich formenden Inhalten der Partei gewesen wären. Aber ohne die liberale Grundhaltung, wie sie in den Sprüchen von der „Vielfalt in der Einheit“ und „Wir sind nicht links, wir sind nicht recht, wir sind vorne!“ zum Ausdruck kam, wäre die Partei DIE RÜNEN gar nicht entstanden. Das Feindselige ist in voller Stärke tatsächlich mit dominant „links“ geprägten Mitgliedern in die Partei gekommen. Ich habe schon häufiger darüber nachgedacht, ob das am Charakter der handelnden Personen liegt oder an den Ideen, die sie in sich tragen. Ich bin nicht zu einer eindeutigen Antwort gekommen. Ich vermute, dass manche Charaktermerkmale anfällig machen für die Idee, die totalitäre Züge in sich tragen. Das Christentum hat in der Vergangenheit solche Züge gehabt und ausgelebt, bei Islamismus erleben wir das heute, aber auch der Marxismus hat sie in sich. Und das kann man nicht einfach Karl Marx anlasten, der von sich gesagt hat, dass er kein Marxist ist. Von Anna Hallensleben ist in ihrer Dissertation „Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?“, 1984, auf den Seiten 92/93 folgendes zu lesen:

3.2. Zur Haltung des Kommunistischen Bundes zu den Wahlen

Kurz vor der Wahl hatte der Kommunistische Bund dazu aufgerufen, die GLU zu wählen:

"In einem Flugblatt hat beispielsweise der kommunistische Bund (KB) das Auftreten der GLU als Alternative zu den großen Parteien begrüßt und Zusammenarbeit mit dem Ziel einer linken Alternativpolitik angeboten." (276)

Dieses Flugblatt wurde z. B. von der Elbe-Jetzel-Zeitung dazu benutzt darzustellen, daß "dank" solch ungebetener Wahlhilfe die Chancen der GLU sinken würden. Tatsächlich scheint es, daß der KB es mit seiner Wahlunterstützung durch-

aus ernst gemeint hat. Im Arbeiterkampf vom 12. Juni 1978 zieht der KB Bilanz und gibt eine grundlegende Stellungnahme zu seiner Einschätzung von Wahlen ab. Nach der grundsätzlichen Feststellung, daß das Parlament zu den bürgerlichen Staatsinstrumenten gehört, die zerschlagen werden müssen, wird diese Aussage mit einem Leninzitat eingeschränkt: "Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen reaktionären Institutionen auseinanderzujagen, seid ihr verpflichtet, gerade innerhalb dieser Organisationen zu arbeiten ..." (277) Weiter heißt es:

"Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man u n b e d i n g t aufs angelegentlichste, sorgsamste, geschickteste, vorsichtigste selbst den kleinsten 'Riß' zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder, als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen modernen Sozialismus überhaupt begriffen."

Den Hauptwert einer Unterstützung der "Grünen" sah man darin, das etablierte Parteiensystem anzugreifen. Diese Ausführungen, die auch in den Händen des GLU-Vorstandes gelangt waren, verstärkten noch die Furcht vor einer Unterwanderung durch den KB. Man wollte sich nicht als temporärer Bündnispartner des KB mißbrauchen lassen und auch keineswegs die Diktatur des Proletariats errichtet sehen und wurde, sobald der "kleinste Riß" sichtbar wurde, sehr sensibel für "linke" Äußerungen. An der Abgrenzungsfrage nach links setzte eine gewisse Polarisierung innerhalb der GLU ein, da man einerseits meinte, toleranter als die etablierten Parteien sein zu müssen, andererseits aber den KB nicht richtig einschätzen konnte und daher Angst hatte. Dies wurde durch die negativen Erfahrungen des durchaus nicht gegen links eingestellten Holger Stroh in Hamburg mit dem KB noch bestärkt: "Umfunktionieren und Spalten ist seit vielen Jahren die Praxis des Kommunistischen Bundes, der geschickt seine Ziele formuliert und betreibt" (278).

In „Vom Sozialismus zu Sarvodaya“ von Jayaprakash Narayan, 1959, ist in dem Kapitel „Vom Kommunismus zum demokratischen Sozialismus“ im Abschnitt „Enttäuschung“ zu lesen:

... Wir merkten – einige von uns mit nicht geringem Schmerz -,daß es keine Vereinigung mit irgend einer offiziellen kommunistischen Partei (d. h. einer von der Komintern oder dem Kreml abhängigen Partei) geben kann; daß eine solche Partei kein freier Kontrahent, sondern ein Werkzeug Moskaus ist; daß sich eine solche Partei in erster Linie Rußland und erst in zweiter Linie irgend jemandem anders verpflichtet fühlt; daß, wenn die Kommunistische Partei von „vereinigter Front“ redet, dies immer eine List und im besten Fall eine zeitweilige Abmachung mit Rücksicht auf eine augenblickliche Situation ist; daß ihr unverrückbares Ziel immer nur die Alleinherrschaft des Kommunismus ist; daß die Kommunisten nie daran denken können, die Macht mit jemandem zu teilen, ausgenommen mit jemandem, der sich ganz für ihre Zwecke brauchen läßt. Das waren wertvolle Erkenntnisse, aber viel-

leicht war der bezahlte Preis zu hoch. Der Krieg verstärkte diese Erfahrungen und führte zur Auflösung der Abmachungen, die mit so viel Hoffnung getroffen worden waren.

Der Internationale Kommunismus geht heute durch die Wehen einer neuen Geburt. Noch wäre es verfrüht, zu sagen, ob eine Totgeburt oder ein lebensfähiges Wesen daraus hervorgehen wird. Menschen wie ich ersehnen von ganzem Herzen die glücklichere Möglichkeit.

Wenn es also eine Gefährdung des grünen politischen Projektes je durch „braun“ Gesinnte gegeben hat, so war diese Gefahr mehr als kompensiert durch die Gefahr der „rot“ Gesinnten. Völlig verrückt halte ich die Unterstellung, die Grünen seien in Wirklichkeit braun, weil es schon unter den Nazis Ansätze von Natur- und Umweltschutz gegeben hat. Eine solche Unterstellung geht davon aus, dass in einem NS- oder SED-Staat keinerlei positive Entwicklung möglich war. Eine solche Betrachtungsweise übersieht, dass eine Diktatur sich nicht total gegen das Volk halten kann. Unterdrückung der und Mord in den Reihen von Minderheiten, dienen zwar der Disziplinierung der Mehrheiten, diese sind aber letztlich durch „Wohlta-ten“ und positive Aspekte des Lebens bei der Stange zu halten.

Ende der Anmerkungen vom 11. November

Es grüßt Euch Tristan

oooooooooooooooooooo

12. November 2014

25 Jahre Wiedervereinigung im Bundestag

Liebe Grüne in Neustadt

Natürlich ist es gut, dass die beiden deutschen Republiken wieder vereint sind. Auch ist es kein Ausdruck von Nationalismus, wenn dem einen oder anderen bei dem Gedanken Traurigkeit überfällt, dass viele Deutsche ihre Wurzeln in Gebieten haben, die heute nicht mehr zu Deutschland gehören. Der Trauernde darf auf Europa als die heilende Medizin hoffen und sich bewusst werden, dass Grenzverschiebungen in der Geschichte Europas etwas ganz normales sind. Der Mensch muss sich hin und wieder aber ohne solche Grübeleien einfach auch in Großveranstaltungen – wie sie in Berlin organisiert waren – freuen dürfen. Aber wir wissen aus NS- und SED-Zeiten, dass ein kollektiver Jubel ohne hörbare Kontrapositionen leicht einen schalen Geschmack haben.

Ich hätte mich vermutlich jetzt gar nicht zu Wort gemeldet, wenn unser Bundestagspräsident Norbert Lammert – den ich bis dato uneingeschränkt schätzte - selber oder ein anderer Redner einen selbstkritischen Rückblick über das Verhalten des Bundestages und der Landtage im Vereinigungsprozess gehalten hätte. Aber nur Rolf Biermann, den Aufrechten, die Möglichkeit zu geben, den Linken aufgrund seines verständlichen Zornes eine Abfuhr zu erteilen, fand ich schäbig. Im *SPIEGEL* Nr. 46/214, S. 15 ist unter dem Titel „Im Zweifel links / Zer-rissenes Land“ von Jakob Augstein zu lesen:

Die Worte des Präsidenten Gauck und und des Dichters Biermann waren verletzend, eine Ehrabschneidung. Das sind Entgleisungen, die dem Amt des einen so schaden wie dem Ruf des anderen.

Genauso habe ich gedacht, als ich die beiden zu verschiedenen Zeiten reden hörte. Dabei mag ich Biermann, ich habe ihn schon im Schloss in Neustadt gehört und über unseren Präsidenten Joachim Gauck habe ich zu einem früheren Zeitpunkt geschrieben, ich könne ihn mir ihn als Bruder vorstellen, nicht so sehr als Präsidenten Deutschlands. Diese Einschätzung hängt damit zusammen, dass er gerne von Freiheit redet - was verständlich ist, wenn man in der DDR gelebt hat -, aber ziemlich viele blinde Flecken auf seinem Bild von Freiheit hat. Der zweite Grund ist, dass er die Wahlen so überhöht – was wiederum im Hinblick auf seine DDR-Erfahrungen verständlich ist -, und nicht sieht, dass die Wahlen bei uns, bei den politischen Strukturen - wie sie sich entwickelt haben – und bei dem herrschenden politischen Geist bei den meisten Wahlberechtigten nur Frust und Ohnmachtsgefühle auslösen.

Wie man aus meinen schriftlichen Äußerungen erkennen kann, habe ich mit linken Inhalten, soweit sie sich auf marxistische Inhalte beziehen meine Probleme, manchmal auch mit Personen, die sich Linke nennen. Ich würde sie auch nicht wählen, solange sie sich am Marxismus vulgärer Ausprägung orientieren. Ich würde ihnen aber immer zu hören, wenn ich den Eindruck hätte, dass ich etwas von ihnen lernen könnte. Die Linken haben genauso viel oder genauso wenig Respekt und Zuneigung verdient wie Parlaments- und Parteimitglieder anderer Parteien. Ich konnte jedenfalls nicht beobachten, dass sie im Schnitt einen schlechteren Charakter haben als die Mitglieder der Grünen, der FDP, der SPD und der CDU/CSU. Von der AfD habe ich noch nicht all zuviel Peronales gehört, um mir ein Urteil bilden zu können. Ich habe bei diesen Gedankengängen an den verstorbenen Staatswissenschaftler Prof. Dr. Erich Reigrotzki gedacht – er hat sich seinerzeit stark für die Einführung der Institution des Ombudsmans eingesetzt - um damit den Institutionsabsolutismus einzuschränken. Im Jahr 1991 war in einer Gruppe ein Streit über die Bedeutung des Kompromisses ausgebrochen.

Ich hatte in Erinnerung, dass Reigrotzki dazu eine eigene Meinung hatte und habe schriftlich angefragt, ob er sie mir die mitteilen würde, weil ich seine Veröffentlichung dazu nicht mehr fände. Er antwortete – neuzigjährig – u.a. am 20. 09. 91:

Natürlich: Tristan Abromeit: da war die Erinnerung gleich wieder voll da. Gar nicht so selbstverständlich für mein Alter aber auch die für mich typischen Namens—Vergeßlichkeit (bald nur noch zwei Namen: mein eigener und Goethe) Und nun das Thema: Wiederum Goethe!

So etwa: gegen Menschen tolerant, aber völlig intolerant in der Sache. In der Politik (Bundestag) ist es meist total umgekehrt: Da pöbelt man sich erst an, und fällt dann meist hinter der Scene in irgendeinen elenden Kompromiß zurück. Sobald ich (in ca.10 Tagen) zurück bin, werde ich versuchen, die Kontakte wieder herzustellen.

In aller Eile und alter Freundschaft

Ich denke hier liegt wirklich etwas im Argen. Weil die einen für ein Problem eine sachliche Lösung wollen, die die anderen nicht richtig scheint, werden sie persönlich angegriffen und runter gemacht. Oder wenn eine sachliche Lösung eines Problems nicht von der Mehrheit vertreten wird, wird die Entscheidung nicht solange zurück gestellt, bis eine Klärung möglich ist, sondern es werden so lange Kompromisse formuliert, bis eine Mehrheit steht. Die Lösung ist dann so miserabel, dass schon ein neues Gesetz, ein neuer Eingriff in das gesellschaftliche Gefüge vorbereitet werden muss. In diesem Zusammenhang spielen auch die Unzulänglichkeiten und das Versagen der Wissenschaften eine Rolle. So wie die Sozialwissenschaften in der DDR ideologisch belastet waren, waren sie es auch in der alten BRD und sie sind es heute noch in der neuen BRD. Wenn alle ökonomischen Beratungsgremien eingestellt und wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute nicht mehr aus der Staatskasse finanziert würden, könnte der Finanzminister viel Geld sparen, ohne das die Wirtschafts- und Finanzpolitik noch schlechter würde, wie sie es ist. Wenn der Partei die Linke vorgeworfen wird, sie strebe den Sozialismus an – gemeint ist eine am Marxismus ausgerichtete Wirtschafts- und Gesellschaftsform im Sinne der Zentralverwaltungswirtschaft, dann soll man doch mal anschauen was die anderen Bundestagsparteien betreiben. Heute tritt in Konkurrenz zum Kapital der Staat als Plünderer des Arbeitsertrages auf, mästet davon ein Monstrum an Bürokratie und verteilt den Rest dessen – was die Arbeit erwirtschaftet hat – als Brosamen an das Volk, ohne auch nur einen Deut der Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft da-

durch aus der Welt zu schaffen. Das der Begriff Sozialismus ursprünglich nur meinte, das der Arbeit der volle Ertrag ohne Ausbeutung durch das Kapital zukommen sollte, sei am Rande erwähnt. Der Lieblingslehrer von Ludwig Ehrhard, Franz Oppenheimer, sprach daher auch vom liberalen Sozialismus. Die Partei DIE LINKE hat wohl starke Tendenzen zu einer Staatswirtschaft. Aber schauen wir uns doch die anderen Parteien an. Das Bildungssystem wird kommunistisch betrieben, wobei der Schulzwang als seine wesentliche Stütze auf ein Nazi-Gesetz zurück gehen soll. Das soziale Sicherungssystem ist eine den Bürger entmündigende sozialistische Einrichtung. In den Gütermarkt wird in einem Umfang eingegriffen, das unsere Wirtschaft bald eher der Verwaltungswirtschaft zugerechnet werden kann, als der Verkehrswirtschaft.

Wenn es richtig ist, was Jean Ziegler in „Die neuen Herrscher der Welt“, 2002, schreibt, nämlich:

Die vier apokalyptischen Reiter der Unterentwicklung heißen Hunger, Durst, Seuche und Krieg. Sie zerstören jedes Jahr mehr Männer, Frauen und Kinder, als es das Gemetzel des Zweiten Weltkriegs in sechs Jahren getan hat. Für die Menschen der Dritten Welt ist der >Dritte Weltkrieg< in vollem Gange.

Dann hat der Bundestag in Folge (ohne LINKE) wesentlich mehr Schuld auf sich geladen als die LINKE durch eine mögliche Mitwirkung von einigen Mitgliedern an den Untaten des SED-Regimes. Denn das Wissen um die Lösung der Hauptursachen von Hunger und Elend liegt schon lange vor und wird von anderen Bundestagsparteien ignoriert und blockiert. An dieser Stelle verstrickt sich DIE LINKE in die gemeinsame Schuld der Parteien und Parlamente. Auch das Elend der Palästinenser kann man der LINKEN nicht anlasten, wohl aber den anderen Parteien, die beim Versuch das Unrecht, das Deutschland den Juden zugefügt hat, zu mildern, die Lebensinteressen der Palästinenser missachteten.

Erheblich ist auch die Schuld der ursprünglichen Westparteien im Vereinigungsprozess. Als die Ostdeutschen sich aufmachten die Grenzen zum Westen hin mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“ zu öffneten, schallte es ihnen von der westdeutschen Politikerkaste stumm entgegen: „Nein, nein! Wir sind das Volk. Wir bestimmen wo es lang geht!“ Diese Kaste, zu der sich die Grünen auch eingereicht hatte, hatte einfach Angst, dass sie einen Teil ihrer Privilegien und ihres Einflusses einbüßen würden und dass das vereinte Volk vielleicht eine andere Verfassung wollte, die dann die politischen Gewichte anders verteilte als bis dahin. Flugs beauftragten sie Rechtstechniker – die Rechtsphilosophen mied man – mit der Aufgabe, einen

Umweg um den „häßlichen“ Artikel 146 zu finden, der da lautet:

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

In der neuen Fassung von 1990 lautet nun der Text:

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Diese Beauftragten (Darf man sie Rechtsverdreher nennen?) fanden den Ausweg über den Artikel 23. Er lautet in einer Textausgabe von 1958:

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Wenn die Mitglieder des Parlamentarischen Rates nicht verwirrt waren oder unterschiedliche Strömungen in ihm sich nicht gegenseitig versucht haben zu linken, dann kann der Schlußsatz nur für den Beitritt des Saarlandes gedacht gewesen sein und nicht für den Fall der Vereinigung. Die deutschen Akteure wollten auch gar keine Verfassung beschließen, sondern nur so etwas wie eine Geschäftsordnung für die drei westlichen Besatzungszone. Auf Druck der westlichen Siegermächte wurde dann eine Quasiverfassung beschlossen und das kam in der Bezeichnung Grundgesetz zum Ausdruck. Auch hat das (west-)deutsche Volk nicht die Verfassung ausgearbeitet und beschlossen, sondern Vertreter des Volkes, die für diese Aufgabe kein Mandat vom Volk hatten. ⁹ Wenn ich mich recht erinnere gab es vor dem Beschluss die Mogelpackung Grundgesetz als Verfassung für das vereinigte Deutschland gelten zu lassen, Widerstand (von der SPD?) den Artikel 149 ganz zu streichen. Daher hat er heute immer noch eine Fassung, die Bescheinigt, dass das deutsche Volk sich noch keine Verfassung gegeben hat. Wenn ich Pole, Litauer oder Russe wäre, würde ich mich fragen, ob die Deutschen sich noch gar nicht vereint fühlen und noch auf eine Rückkehr ehemaliger Landesteile hoffen.

Auch wenn man ganze Verfahren noch rechtlich durchgehen lassen mag. Es bleibt dann immer noch der Demokratieverrat. Den der Grundgedanke der Demokratie ist doch, dass das

⁹ Siehe dazu auch: Von den Londoner Empfehlungen zum Grundgesetz, Bundeszentrale für politische Bildung: http://www.bpb.de/themen/B3GTPK_1.0,Von_den_Londoner_Empfehlungen_zum_Grundgesetz.html

Volk sich eine Verfassung gibt und nicht das Verfassungsorgan Parlament, das in seiner Tätigkeit durch die Verfassung gebunden werden soll. Und diese Logik schließt ein, dass das Volk sich auch dann eine neue Verfassung geben kann, wenn schon eine alte besteht. Wenn das nicht so wäre, dann hätten - um mit Jefferson, dem hauptsächlichlichen „Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und einer der einflussreichsten Staatstheoretiker der USA“ (http://de.wikipedia.org/wiki/Thomas_Jefferson) zu sprechen - die Toten die Herrschaft über die Lebenden. Hieraus ergibt sich auch, dass es staatliche Willkür ist, Gesetze zu beschließen, die Menschen einschließen, die für eine andere Verfassung werben - und sei es eine für einen autoritären oder monarchistischen Staat. Und was macht eigentlich der Verfassungsschutz, wenn er nicht länger die Erkenntnis abblockt, dass sein Dienstherr der Verfassungsverweigerer und -verletzer ist?

Ich bin mit meinen Ausführungen noch nicht zu Ende. Ich will aber zwischendurch beteuern, das ich , mich hier nicht äußere, um Hass zu säen oder eine Rebellion zu provozieren. Es geht einfach darum die Demut der ertappten Sünder einzufordern, damit sie ihre politische Geschäftigkeit reduzieren und etwas mehr über das eigene Tun nachdenken. Es geht auch darum, den tatsächlichen oder vermeintlichen politischen Gegner im Bewusstsein der eigenen Fehler milder zu beurteilen und freundlicher zu begegnen. Und es geht darum, aus der Situation in der Deutschland und Europa steckt, etwas Besseres zu machen, als der bisher gepflegte Politikstil es erlaubte. Ich halte die Abgeordneten – oder erweitert: die Politiker – soweit sie mir direkte oder medienvermittelt begegnet sind - auch für passable Menschen, die in der Mehrzahl mehr geleistet haben als ich. Ob sie auch besseres geleistet haben oder jetzt leisten, müsste von Fall zu Fall geprüft und gewogen werden. Das der Ruf der Politiker häufig schlechter ist, als das der Zuhälter, haben sie sich selber zuzuschreiben. Die CDU hat von Beginn ihrer Geschichte an, die Idee von der Sozialen Marktwirtschaft mehr sabotiert als gefördert.¹⁰ Die FDP war und ist als Träger der Idee des Liberalismus ein Kümmerling. Die

10 Aus dem Brief von Dr. Ernst Winkler, Gründungsmitglied der Aktion soziale Marktwirtschaft vom 14. 10. 1984 an Heinz Nixdorf, Vorsitzender des Vorstandes der Nixdorf Computer AG:

... „Aus Ihrem Brief v. 27.8.84 an T.Abromeit entnehme ich, daß Sie die Freiwirtschaftslehre durch die Soziale Marktwirtschaft mit ihren bekannt großen Erfolgen zwar für überholt halten, aber dennoch grundsätzlich für nähere Informationen zur Bildung eines objektiven Urteils aufgeschlossen sind. Diese Haltung begrüßen wir mit Respekt und Freude, wie Ihnen bereits Herr Abromeit am 29. 8. entgegnete; dazu hat er Ihnen mehrere Informationsquellen mitgeteilt und dabei auch auf meine Veröffentlichungen hingewiesen.

In den drei Beilagen versuche ich unsere (auch von T. Abromeit ausgesprochene) Überzeugung zu begründen, daß die Soziale Marktwirtschaft eine unvollendete Realisation jener von

SPD kann sich nicht von der Vorstellung lösen, das sie der betreuende Sozialarbeiter von unmündigen Bürgern ist. (An anderer Stelle habe ich das Bild vom Verwalter und sein Gesinde benutzt.) DIE LINKE, ist - wenn sie sich inhaltlich nicht wandelt – wie die Konkurrenten eine Partei von gestern. Die AfD könnte ja eine nützliche Partei sein, wenn sie dafür gerüstet wären den Ritt Europas in die Zentralverwaltungswirtschaft zu stoppen. Sie will aber die Verwirrung in der Währungstheorie zu ihrem Programm machen und ist deshalb nur dadurch nützlich, das sie durch ihre Wahlerfolge den politischen Formal-Christen Feuer unter den Hintern macht. Und die Grünen? Dadurch, dass ihr ursprüngliche Gestaltungspotential bei dem Versuch der „Linken“, aus den GRÜNEN eine marxistische Partei zu machen, verloren hat, hat es für sie nur gereicht, das im Bundestag vertretene Parteienkartell um ein Mitglied zu erweitern, - wobei dieser Nutzen nicht unterschätzt werden sollte. Das klingt nach einer Abwertung der Parteiarbeit, ist aber nicht so gemeint, sondern mehr ein Hinweis der Problematik mit Hilfe politischer Parteien den politischen Willen des Volkes bündeln zu wollen.

In den Beiträgen zum 25. Jahrestag des Mauerfalls, wurde auch die Frage diskutiert, ob die Bürgerrechtsbewegung und die „Witterung“ der „Normalbürger“ auf ihre Freiheitschance die treibende Kraft waren oder die Schwäche des „sozialistische“ Systems, das am Ende war. So schwierig, gefährlich und auch aufopferungsvoll das Wirken der Bürgerrechtsbewegung war, ich denke, dass es in der Hauptsache die wirtschaftlichen Verhältnisse waren, die den „real existierenden Sozialismus“ zu Fall gebracht haben. Wenn dieses System ihren Untertanen annähernd einen wirtschaftlichen Wohlstand hätte liefern können, wie die „kapitalistischen“ Staaten ihren Bürgern, dann wären die „Normalbürger“ der DDR vermutlich zu Hause geblieben und hätten ihren Bedarf an Westreisen anderweitig kompensiert. Sind etwa wegen der Nichteinlösung des Verfassungsversprechens durch das Grundgesetz die relativ Satten West-Bundesbürger vielleicht auf die Straße gegangen? Nein, die Zahl der Menschen, die sich für die Einlösung des Versprechens eingesetzt haben, war doch wohl nicht viel größer,

der Freiwirtschaft angestrebten freien Marktwirtschaft darstellt, die sowohl von staatlichem Dirigismus (Interventionismus) wie von wirtschaftlicher Vermachtung (kapitalistischer Monopolbildung) frei ist und eben dadurch das mögliche Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit verwirklicht. In Beilage 1 bewerte ich jene ordoliberalen Postulate von W. Eucken, die der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft von Müller-Armack zugrunde lagen, nach freiwirtschaftlichen Kriterien. In Beilage 2 schildere, ich die zunächst sehr aussichtsreiche Entwicklung der freiwirtschaftlich-ordoliberalen Zusammenarbeit 1946 - 54 (Die Broschüre „Freiheit? Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung“ skizziert die Geschichte der freiwirtschaftlichen Bewegung bis 1946 und dann speziell im süddeutschen Raum die Geschichte des Freiwirtschaftsbundes unter Führung von Otto Lautenbach 1946-54).“ ...

als die Zahl der Protestierer, die sich einstellt, wenn ein Zoo ihr Lieblingstier verkaufen will. Aber noch eins muss hier gesagt werden: Der „Normalbürger“ verlässt sein Revier im totalitären Staat nicht nur in Richtung freiheitlichen Staat, wenn es ihm reicht, sondern er geht auch unter umgekehrten Vorzeichen von den freiheitlichen in den diktatorischen Staat. Das hat das Beispiel die Weimarer Republik gezeigt, wo die Demokraten durch ihre Unfähigkeit - ökonomische Probleme zu lösen - die Bürger in die braune Diktatur getrieben haben. Das damals der Weg in die Diktatur führt, haben aber nur die Minderheit der Hellsichtigen gesehen. Die Mehrheit versprach sich von der NSDAP nur etwas mehr soziale Sicherheit und ein geregeltes Einkommen. Mein ehemaliger jüdischer Parteifreund, Fred Braun, der nur deshalb aus dem KZ frei kam und nach Israel auswandern konnte, weil er mit einer Nichtjüdin verheiratet war, schrieb mir sinngemäß: „Natürlich waren die Verhältnisse so, dass man nur noch die Wahl hatte zwischen der NSDAP und der KPD. Ich bin damals zur KPD gegangen.“

Wir leben heute in der Zeit, wo sich der Mauerfall und der Fall des Eisernen Vorganges zum 25. mal jährte, in der Gefahr, dass diese Mauer etwas östlicher wieder aufgebaut wird. „Gorbatschow verpasst den Feiern eine frostige Note“ titelte die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* am 10. November auf der gleichen Seite, wo unter dem Titel „Die helle Freude“ über die Feier zum 25. Jahrestag des Mauerfalls berichtet wurde. Und am 13. November bringt die HAZ wieder eine ganze Seite mit Themen zu Russland: „Wie lange hält Putin durch?“ und „Wer Russland nicht versteht, der findet auch keine Kompromisse“. Von der Feier zur Verleihung des Franz-Joseph-Strauß-Preises in München wird in einer anderen Zeitung berichtet:

Gorbatschow dagegen hebt die Verantwortung der Deutschen hervor: „Sie haben die Euro-Zone initiiert“, erinnert er. „Wenn die Steuerungsmechanismen greifen, dann ist dieses System genau, was Europa und die Welt brauchen“.

Und:

Auf die Zustände in seiner russischen Heimat, die zeitgleich zur getragenen Münchner Zeremonie Zehntausende auf die Straßen Moskaus treibt, geht Gorbatschow in seiner Rede nicht ein. Stattdessen warnt er angesichts des Streits um die Nato-Raketenabwehr ein wenig nebulös vor neuen militärischen Auseinandersetzungen: „Wir befinden uns bereits wieder in einem Wettrüsten“, sagt Gorbatschow und warnt sogar vor einem 3. Weltkrieg.

<http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/sie-haben-wahrhaft-geschichte-geschrieben-1525943.html>

Der Hintergrund ist der Ukraine-Konflikt. Egal ob Michael Gorbatschow damals aufgrund der Schwäche des Sowjetsystems oder einfach aus Einsicht, dass die Trennung der Welt in

Ost und West eine menschenfeindliche überholte Idee ist, die Auflösung des Blockdenkens und des Eisernen Vorhanges anstrebte und somit den Blockmitgliedern die Freiheit gewährte, eigene Wege gehen zu können, der Westblock - und in ihm Westdeutschland - hat darauf falsch reagiert:

1. Auch das Verteidigungsbündnis des Westens hätte aufgelöst oder wenigstens so organisiert werden müssen, dass Russland nicht als der gedemütigte Verlierer dar steht. Ein rein europäisches Verteidigungsbündnis ohne Russland hätte Russland bestimmt verkraftet, besonders dann, wenn drei Bündnisse auf der nördlichen Hälfte der Erdkugel entstanden wären, die zur besseren Verständigung ein gemeinsames Kommunikationsorgan bekommen hätten. Es ist kein Antiamerikanismus, wenn ich sage, Deutschland und Westeuropa waren zu unterwürfig und hatten keine Mumm wirklich etwas Neues zu wagen. Das hat Europa, der USA und auch Russland geschadet. Demütigungen – egal ob es eine Partei wie die LINKE oder eine Nation wie Russland trifft – war noch nie ein erfolgreiches politisches Instrument.

2. Es war eine große politische Dummheit – hier auch wieder mit einer führenden Rolle West-Deutschlands – dass der problematische Kapitalismus als Nonplusultra der Ökonomie verkleidet nach Russland und China zu exportieren. Von einer wirklichen Marktwirtschaft hätten alle Länder profitieren können, aber das Wissen darum konnte man weder im Westen noch im Osten nicht einmal in einem Studium der Ökonomie erwerben. Die Rache unseres Fehlverhaltens wird uns heute in Form des Ukraine-Konfliktes und in dem Bemühen Putins, nicht kleiner dazustehen als Obama, präsentiert. Die Ironie dabei ist noch, dass wir die Politik Putins über den Gaspreis finanzieren (helfen). Wir haben heute also eine politische Situation, die vor 25 Jahren als mögliche Fehlentwicklung schon sichtbar war. Also beklagen wir uns nicht über Putin, sondern über unsere eigene Dummheit.

Es grüßt Tristan

13. November 2014

Die Progromnacht vom 9. November 1938 und politisch motivierter Mord heute

Liebe Grüne in Neustadt,

ich finde es gut, dass trotz der berechtigten, unbekümmerten Freude am 25. Jahrestag des Mauerfalls auch an einigen Orten der Progromnacht vom 9. auf 10. November 1938 gedacht wurde. Es ist eine traurige Geschichte, die uns Deutsche belastet. Ich verstehe aber nicht

ganz, dass der Begriff Reichskristallnacht verharmlosend klingen soll. Diesen Begriff gibt es doch nur in Verbindung mit dem Verbrechen, das in der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus an den Juden begangen wurde. Und wer das belastende Wissen um diese Verbrechen in sich trägt, dem kann doch die Wahl des Begriffes egal sein. Dieser Tag des Gedenkens sollte wirklich ein Anlass der Trauer sein und er sollte nicht dazu genutzt werden, die Schuld der Deutschen wachzuhalten und zu instrumentalisieren, das ist in der Vergangenheit genug geschehen und wirkt heute vermutlich in entgegengesetzter Richtung, als sich manche Akteure das Wünschen. Über 99% der heute lebenden Deutschen sind genauso wenig Schuld an diesen Morden, der Zerstörung von Existenzen und Synagogen wie die Franzosen, Polen, Engländer oder Israelis. Es muss also immer wieder der Frage nachgegangen werden, unter welchen Bedingungen ein Kulturvolk zu einer Verbrecherbande mutieren kann und ab welcher Krisenlage eine Gesellschaft ihre Bedrohungsängste in der Verfolgung, Vertreibung oder gar der Vernichtung von Minderheiten zu bewältigen versucht. Auch bedarf es die Aufklärung über die Ursachen gesellschaftlicher Probleme, damit der Zeigefinger, der auf eine Minderheit gerichtet wird, nicht zur Machterlangung oder Machtverteidigung missbraucht werden kann.

Informationen zum Thema unter: <http://www.ashkenazhouse.org/kndefger.htm>

Uwe, ich muss Dich zum Schluss noch direkt ansprechen: Ich habe den Bericht der Neustädter Zeitung vom 5. November über die Ausstellung zu den Opfern rechts motivierter Gewalt gelesen. Der Titel „Gejagt und zu Tode geprügelt: Ausstellung zeigt oft vergessene Opfer rechter Gewalt“. Der neue Geschäftsführer der VHS, Martin Kurth und Du – ich weiß nicht, ob in der Funktion als Bürgermeister oder als Vorsitzender des Zweckverbandes VHS – haben die Ausstellung eröffnet. Ich bin in die Ausstellung gegangen und bin ziemlich hilflos oder ratlos durch die Reihen mit den Plakaten gegangen, die ursprünglich für eine Veröffentlichung in einer Zeitung entstanden sind. Ich habe überlegt, ob das die Einleitung zur Intensivierung der politischen Bildung durch die Volkshochschule sein soll, von der ich vorher in der Zeitung gelesen hatte. Wenn ich durch ein Sarglager gegangen wäre, hätte das vermutlich mehr Betroffenheit in mir ausgelöst, weil ich gedacht hätte, das so eine Kiste auch in naher Zukunft meine Wohnstätte sein wird. Dabei habe ich natürlich nicht vergessen, das jeder Mord eine Schäußlichkeit ist, die das bescheidene Lebensglück, das ein Mensch haben kann, verkürzt hat - ganz abgesehen von der Angst und den Schmerz, den die oder der Ermordete erleiden musste. Immerhin hat die Ausstellung Fragen in mir ausgelöst und war somit - auf

mich bezogen - erfolgreich und irgendwie beeindruckend, sonst würde ich jetzt nicht darüber schreiben. Ich habe mich zuerst gefragt, wer denn wohl die Ausstellung in der Galerie des ehemaligen Freizeitheimes und des jetzigen Domizils der VHS aufsucht. Die Täter bestimmt nicht. Die möglichen künftigen Täter – die heute von ihrer Tat womöglich noch gar nichts ahnen – werden vermutlich auch nicht unter den Besuchern sein. Welche Wirkungen hat es, wenn Schulklassen die Ausstellung besuchen? Will man hier wirklich nur zeigen, zu welchen Untaten der Mensch fähig ist oder will man Schuldgefühle als Instrument zu ihrer Beherrschung erzeugen? Sollen Denkbarrieren aufgebaut werden gegenüber allem wo das Wort rechts vorkommt? Wie ehrlich ist die Ausstellung in Bezug auf die Zuordnung „politisch rechter Hintergrund“? (Man weiß doch inzwischen, dass mit der Erlangung des Status *demokratischer Staat* nicht der Gebrauch der Täuschung, der Manipulation und der Lüge als politisches Instrument ausgeschlossen ist.) Das heißt nicht, dass ich behaupte, die Ausstellung ist manipuliert, sondern nur, dass diese Ausstellung den Besucher mit seinen Fragen allein lässt. In dem Bericht der NZ heißt es auch dass Du davor warnst, „auf dem rechten Auge blind“ zu sein. Es wäre zu billig, wenn ich jetzt sagen würde, wir sollten auch nicht auf dem Linken Auge blind sein. Da ich davon überzeugt bin, dass es unmöglich ist, eine Gesellschaft so zu formen, dass es in ihr keine Extremgruppen oder extreme Ansichten mehr gibt und ihre Stärke und Äußerungsformen der Mitglieder des linken und rechten Flügels wesentlich von dem Verhalten und den Inhalten der politischen Mitte abhängen, ist es immer wichtig, mit beiden Augen zu schauen, was die politische Mitte treibt. Ich habe auch überlegt, ob in Deutschland die Gewalt in der heutigen Zeit stärker ausgeprägt ist als in der Nachkriegszeit. Ich kann das ohne von Statistiken belehrt zu sein, nicht bejahen. Prügeleien unter Jugendlichen waren keine Seltenheit und Schlägereien auf den Tanzboden auch nicht. Ich kann mich erinnern, das einmal – weil ein Kellner für die mitgebrachte Flasche selbst gebrannten Schnaps ein Flaschengeld kassieren wollte - es eine ganze Saalschlacht gab. Gewalt und Morde sind nicht einfach zu entschuldigen, sie haben ja auch mit dem Charakter der Täter zu tun, aber in der Häufigkeit, ihre Form und ihr Umfang hängt auch dem Zustand und der Haltung der jeweiligen Gesellschaft ab. Die Gesellschaftsmitglieder können sicher – wenn sie wichtigsten Voraussetzungen für ein friedliches Miteinander verstanden haben – die Zahl der Gewalttaten und Morde reduzieren, was aber nicht möglich ist, eine Gesellschaft zu formen, die völlig gewaltfrei ist und in der keine Morde vorkommen. Eine solche Gesellschaft zu gestalten, gelingt nicht einmal, wenn man sie als Gefängnis einrichtet und jedem ihrer Mitglieder eine Fußfessel anlegt und eine totale Überwachung installiert. Was mir Sorge macht, ist

die Neigung der politischen Mitte, die Existenz von rechten und linken Straftätern als Nachweis zu benutzen, dass sie selber die Guten sind. Dabei kann der Hass aus der Mitte auf die Extremgruppen genauso intensiv sein, wie der Hass der Extremisten auf Minderheiten. In beiden Fällen hat der Hass die gleiche „Qualität“. Ich bin am Ende meiner Überlegungen jedenfalls zu dem Schluss gekommen, dass es besser gewesen wäre, die Ausstellung in der ursprünglichen Zeitungsform als Beilage der Neustädter Zeitung an alle Haushaltungen zu verteilen und zwar mit der Einladung der VHS sich an der Aufarbeitung des Themas „*politisch begründeter Mord*“ zu beteiligen und zwar ohne Vorbedingungen, Gängelungen und bei freier Wahl der Informationsquellen. Wenn da etwa 10 Gruppen mit einer Stärke von je 5 bis 9 Personen zusammen gekommen wären, die am Ende ihre Ergebnisse zusammentragen getragen und der Öffentlichkeit vorgestellt hätten, dann hätte man von einer Impfung durch die VHS gegen politisch motivierte Gewalt sprechen können. Aber vielleicht läuft da im Hintergrund noch ein Programm der VHS, von dem ich nichts mitbekommen habe.

Es grüßt Tristan

Nachtrag zum Thema Vierte Gewalt:

Im Brief zum Thema Europäische Zentralbank habe ich geschrieben, dass eine Zentralbank / Notenbank eine demokratische Legitimation erhalten muss, wenn ihr als vierte Gewalt politische Gestaltungsmacht zugebilligt werden soll. Ich selber halte ein solches Verfahren **1.** nicht nötig, weil der Zentralbank ein eindeutiges Korsett in Form von Verfahrensregeln verliehen werden kann, die ihr keine Politik ermöglichen und **2.** weil ich es für kontraproduktiv halte, denn ständige Konflikte zwischen den Legislativen der dem Euroverbund angehörenden Ländern und der Zentralbank als vierte Gewalt würden erzeugt werden. Es wäre ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Verfassungsgerichte der beteiligten Länder und dem Europäischen Gerichtshof. Die Ansiedlung der Bankenkontrolle bei der LZB ist jetzt schon eine Art wirtschaftspolitischer Geistesverwirrung.

Von dieser Beurteilung muss man die Bemühungen von Johannes Heinrichs unterscheiden ein viergliedriges Parlament zu installieren. Eines seiner Werke trägt den Titel „Revolution der Demokratie – Eine Realutopie“, 2005. Als ich vorhin das Buch willkürlich aufschlug, hatte ich die Seite mit dem Kapitel II „Geschichtliche Orientierung / Demokratie von gestern“ vor meinen Augen. Die Abschnittsüberschrift „Entgegen den Klischees: Demokratie als

unabgeschlossener Suchprozess“ gefällt mir, denn was 1948 / 49 erarbeitet und beschlossen wurde und widersinnig eine Fristverlängerung erhalten hat, ist nicht das Ende der Geschichte und das was danach kommt, wird wieder den Stempel des Vorläufigen haben. Die Herrschaft der Toten über die Lebenden ist antidemokratisch. Wer sich über Johannes Heinrichs Denken - von dem ich noch nicht weiß, ob es einen Weg in die Realität beschreibt – kann sich unter dem nachfolgenden Link informieren: <http://www.netz-vier.de/KurzViergliederung.pdf>

<http://www.johannesheinrichs.de/> http://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_Heinrichs_%28Philosoph%29